

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Annoncen-
Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
Krone (C. J. W. & Co.)
Breitegasse 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedrichs-Str. 2;
in Grah bei Herrn J. Strickland;
in Frankfurt a. M.
S. F. Daber & Co.

Annoncen-
Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Kudolph Mosse;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Jansen & Vogler;
in Berlin:
J. Reilmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Habalt.

Nr. 262.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Gr.
Bestellungen nehmen alle Buchhändler des deutschen
Reiches an.

Donnerstag, 16. April.
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Sgr die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die
Expedition zu richten und werden für die am folgenden
Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1874.

Die Amtsentsetzung des Erzbischofs Ledochowski.

Der „Kurjer Poznański“ ist sonst — trotz der unfehlbaren Ein-
gebungen, mit denen er begnadigt wird, — wenig glücklich im Pro-
phesieren; aber gestern — man muß solche Verdienste hervorheben —
hat seine Sehergabe nicht gelogen. Ihm ahnte, wie er in seinem
gestrigen Leitartikel aussprach, daß der kgl. Gerichtshof für kirchliche
Angelegenheiten in Berlin die Amtsentsetzung des posener Erzbischofs
aussprechen würde und — es ist heute schon geschehen. Das hat zwar
jeder schlüsselfähige Mensch vorausgesehen, aber daß auch der „Kurjer“
zum vollen Bewußtsein gelangt, daß die Maigesetze keine bloße Dro-
hung sind, um welche sich ein Bischof mit Trotz oder Feinheit herum-
winden könnte; dies beweist, daß doch auch im kirchlichen Lager die
Erfahrung der letzten Monate den vollen Ernst der Sachlage dar-
gelegt hat.

Der kgl. Gerichtshof hat in einer einzigen Sitzung die Sache er-
ledigt, die mündliche Verhandlung, welche jedenfalls in öffentlicher
Sitzung stattfand, muß sehr kurz gewesen sein, da der angeklagte
Bischof weder persönlich erschienen war, um seine Verteidigung zu
führen, noch von der Vergünstigung, sich eines rechtsverständigen
Verteidigers zu bedienen, Gebrauch gemacht hat. Auf Grund der
umfangreichen Anlagenschrift wird es dem kgl. Gerichtshof auch nicht
schwer geworden sein, die Verletzungen gegen das Gesetz vom 12. Mai
1873 zu erkennen und demnach die Entlassung des Angeschuldigten
aus den von ihm bekleideten kirchlichen Aemtern auszusprechen.

Allen voran in der Auflehnung gegen die Staatsgewalt, hat
Graf Ledochowski auch zuerst das Schicksal erfahren, von der welt-
lichen Behörde, deren Machtbefugnisse er nicht anerkennen wollte,
seines Amtes enthoben zu werden. Viel genug Zwietracht und Sorge
hat sein zehnjähriges Regiment über unsere Provinz gebracht!

Es entsteht nun die Frage: Welche Folgen wird die Amtsent-
setzung des Erzbischofs haben? Natürlich erkennt der „Kurjer“ von
seinem kirchlichen Standpunkte aus einem Urtheilsprüche des weltlichen
Gerichts in dieser Angelegenheit gar keine rechtliche Wirkung zu; da
jedoch die Geistlichkeit ohne das Volk nichts auszurichten vermag, so
kommt es ihm darauf an, die katholischen Laien aufzureizen, um die
Widerständigkeit der Klerisei zu unterstützen. Zu diesem Zweck malt er
seinen Lesern haarsträubende Zukunftsbilder vor. Zwar bleibe, sagt er,
auch nach der Amtsentsetzung das Verhältnis zwischen dem „Primas“
einerseits und der Geistlichkeit sowie den Gläubigen andererseits
dasselbe, wie bisher, aber die Lage der Gläubigen werde sich nach
Eintritt dieses Ereignisses zu einer fürchterlichen gestalten. Bisher
habe man noch, wenn auch mit Schwierigkeit, seinen Glauben offen
und ohne Furcht bekennen dürfen (wirklich? — und doch hat der
„Kurjer“ so oft über Glaubensverfolgung geschrieben!) — jetzt
aber werde man, um seine Gebete unangefochten verrichten zu können
— sich in Katakomben und Höhlen flüchten müssen, wo weder
„Mond noch Sonne“ hineinscheinen, „ganz so wie zu den Zeiten
der Königin Elisabeth in England und der großen französischen
Revolution.“

Die maßlosen Uebertreibungen, zu denen der „Kurjer“ greift, um
das polnische Volk aufzureizen, bekunden seine verzweifelte Stimmung.
In der That scheint die kirchliche Partei, nachdem kein Engel erschien,
um die Thüre des Gefängnisses in Ostrowo zu öffnen, oder besser
gesagt, nachdem kein Zeichen einer Umschwung in unserer Kirchen-
politik andeuten will, ihre stolze Siegesübersicht gänzlich verloren zu
haben. Der römisch-katholische „Kurjer“ hat sogar — nach seinem
eigenen Geständnisse — das Vertrauen auf eine „wunderbare
Rettung“ verloren und sucht deshalb (gleich heidnischen Weltkindern)
bei den Menschen Hilfe, bei der — nationalpolnischen Oppo-
sition.

Mit Schmerzen sieht er, daß die Mehrzahl der gebildeten Polen
immer noch mit großer Seelenruhe der „Verfolgung der Kirche“ zu-
sehe, und prophezeit ihnen, daß wenn sie nicht umkehren, „mit dem
Fall des Katholizismus auch das Polenthum in historischer
und sittlicher Hinsicht untergehen werde.“ Vor diesem
Schicksal könnten die von den „neuen liberalen Ideen“ angekränkelten
Polen ihr Vaterland nur bewahren, wenn sie dem „Primas“ nachfol-
gen — in der Verachtung der Staatsgesetze.

So der Kaiser in der Wüste, welcher in Posen „Kurjer Poznański“ heißt.

Es gehört wenig Prophetengabe dazu, um vorauszu sehen, — der
verzweifelte Appell des ultramontanen Blattes muß diese Meinung
bestätigen, — daß weder das polnische Volk noch die polnische „In-
telligenz“ sich thatsächlich für die römische Sache interessieren will und
daß die Geistlichkeit in dem Kampfe gegen die Staatsgewalt allein
stehen wird.

Beide Domkapitel unserer Diöcese werden nun aufgefordert wer-
den, nachdem der hiesige Bischofsitz erledigt ist, einen Nachfolger des
ehemaligen Erzbischofs vorzuschlagen, und bis dies geschieht, wird die
Staatsregierung wahrscheinlich einen Kommissar mit der Verwaltung
des Kirchenvermögens beauftragen.

Erzbischof Ledochowski wird von dem Urtheilspruch zunächst keine
Folgen verspüren. Gegen den § 31 des Gesetzes vom 12. Mai, wonach
Kirchendiener, welche Amtshandlungen vornehmen, nachdem sie aus
ihrem Amte entlassen worden sind, mit Geldbuße bis zu
100 Thalern, im Wiederholungsfalle bis zu 1000 Thalern bestraft
werden, kann er sich nicht vergehen, da ihm die Befugnis dazu fehlt,
ebenso wenig darf ein Stellvertreter in seinem Namen bischöf-
liche Funktionen vornehmen. Trotzdem bleibt der Erzbischof ein-
-

weilen im Gefängnisse und wenn er nach Verbüßung seiner Strafe
dasselbe verläßt, wird jedenfalls schon das sog. „Kirchendienergesetz“ er-
lassen sein, welches die abgesetzten Geistlichen außer Landes verweist.

Deutschland.

Berlin, 15. April.

Wie verlautet, hat der Justizauschuß des Bundesraths eine
so erhebliche Anzahl von Anträgen zum Preßgesetz gestellt, daß ein
vorheriges Einvernehmen mit den Parteien des Reichstags dringend
geboten erscheint. Abgesehen von anderen Dingen soll namentlich in
drei Punkten eine Aenderung der Stellung vom Reichstag gefordert
werden: bezüglich der Wiederherstellung der Zeugnispflicht der
Redakteure, bezüglich der Feststellung gewisser Strafminima für
Preßvergehen und endlich der Wiederherstellung der unbedingten poli-
zeilichen Beschlagnahme von Preßzeugnissen.

Hiernach soll in § 22 an Stelle des zweiten Absatzes (Ist die
Druckschrift eine periodische, so ist der verantwortliche Redakteur
mit der Strafe des Thäters zu belegen, wenn nicht den vorlie-
genden Umständen nach die Annahme seiner Thäterschaft ausgeschlossen
wird), folgende Bestimmung treten: „Ist die Druckschrift eine perio-
dische, so ist der verantwortliche Redakteur als Thäter zu
bestrafen. Die Bestrafung bleibt ausgeschlossen wenn festgestellt wird,
daß der strafbare Inhalt dem verantwortlichen Redakteur
unbekannt war.“ Der § 23 (der Redakteur, Verleger und Drucker
sind berechtigt, das Zeugnis über die Person des Verfassers, Her-
ausgebers und Einsenders zu verweigern) wird beseitigt, in
§ 24 der Schluß des ersten Absatzes von den Worten an: Wenn
nicht nach den vorliegenden Umständen die Annahme einer Vernach-
lässigung pflichtmäßiger Sorgfalt ausgeschlossen wird in Wegfall ge-
bracht; hinter „Geldstrafe“ im ersten Absatz „von 50“ (bis zu Ein-
tausend Mark) eingefügt, die erste Zeile des zweiten Absatzes durch
folgende Worte: „Die Bestrafung bleibt jedoch für den Verleger, den
Drucker und den Verbreiter (nicht den verantwortlichen Redakteur)
ausgeschlossen“ ersetzt. Der § 26 soll folgende Fassung erhalten: Eine
Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung
findet nur statt, 1) wenn eine Druckschrift den Vorschriften der §§ 6
und 7 nicht entspricht oder den Vorschriften des § 14 oder des § 16
wider verbrochen wird, 2) wenn der Inhalt einer verbreiteten Druck-
schrift den Thatbestand eines Verbrechens oder Vergehens
begründet. Sofern im Falle der Ziffer 2 die strafbare Handlung nur
auf Antrag eines Beitteligen zu verfolgen ist, legt auch die
Beschlagnahme einen besonderen Antrag desselben voraus.“

Die „Nat. Ztg.“ ist sicher mit Recht der Ansicht, daß namentlich
das letztere Verlangen dem Zustandekommen des Gesetzes ernste
Schwierigkeiten bereiten müsse.

Aus Ostpreußen, 10. April. [Heimische Zustände.] Im
amtlichen Theile des „Mohrungen Kreisblatts“ lesen wir eine
Schilderung des ostpreussischen Nothstandes, welche die Feder des
Landraths an jener offiziellen Stelle bei der Aufforderung zur Bethei-
ligung an einer Nothstands-Lotterie entwirft. Es heißt dort:

Die fürchterlichsten Epidemien, welche in Königsberg periodisch in
den letzten Jahren gewüthet, haben namentlich unter der ärmeren
Zahl der Bewohner ihre Opfer gesucht und in dieser Klasse der Be-
völkerung Zustände geschaffen, wie sie schlimmer wohl keine Stadt
unseres Vaterlandes aufzuweisen hat. In erster Linie sind die
Frucht jener verderbtenbringenden Suchen altertöselige Kinder.
Bettelnd und stehend treiben sie sich buchstäblich schaarenweise in den
Straßen und auf den Märkten umher und reisen zu den ausgebil-
detsten Verbrechern heran. Das einzige Mittel, diesen wahrhaft uner-
hörten Zuständen einen wirksamen Damm entgegenzusetzen, sind un-
streitig Erziehungsanstalten, von denen jedoch nur eine vorhanden ist,
welche außerdem bis zum Jahre 1872 wegen Mangels an Mitteln
ihrer Auflösung entgegenging. In richtiger Würdigung der geradezu
unhaltbaren Zustände bildete sich deshalb ein Komitee, welches sich die
Aufgabe stellte, die Mittel zur festen Fundierung und zu der dem Be-
dürfnis entsprechenden Erweiterung dieser an sich vorzüglichen Anstalt
zu schaffen. Hauskollekten und freiwillige Zwendungen setzten das
Komitee in den Stand, vorerst die Zahl der in der Anstalt befindlichen
30 Knaben um 5 zu vermehren und eine Mädchenerziehungsanstalt
mit 10 Kindern einzurichten. Die Stadt that hierzu das Ihrige, es
kann aber bei den durch andere Verhältnisse schon über die Maßen
angespannten Finanzkräften derselben von ihr nicht mehr beansprucht
werden, als sie bisher gewährt. Die Bewohner der Stadt unterstützen
das Unternehmen, so viel nur irgend in ihren Kräften steht. Was
will dies aber Alles dem vorhandenen Bedürfnisse gegenüber bedeuten?
Der Herr Minister des Innern hat, in Berücksichtigung dieser Zu-
stände, eine Lotterie bewilligt.“

Die „A. S. Z.“ bemerkt dazu: Wie tief beschämend und betrü-
bend sind die Betrachtungen, welche nach einer solchen amtlichen
Schilderung der letzte Satz uns aufdrängt! Zur Abhilfe eines akuten
Nothstandes etablirt der Millardenstaat ein — Glücksspiel!

Waldenburg, 11. April. [Schulstreit in Gottesberg.] Zwi-
schen dem katholischen Lehrer Gottwald und der katholischen Schul-
gemeinde in Gottesberg ist ein arger Streit ausgebrochen. Wie der
„Schles. Ztg.“ berichtet wird, ist dem genannten Lehrer, welcher seit
fünf Jahren in seiner Klasse den Religionsunterricht erteilt hat, die
weitere Ertheilung desselben unteragt worden, weil er seine Freunde
und Gesinnungsgenossen in Schreiberbau aufgefordert hatte, dem in
Hirschberg am 15. März abgehaltenen altkatholischen Gottes-
dienst beizuwohnen. Ein leitendes Mitglied der Schuldeputa-
tion erhobener Protest wider das gegen ihn beobachtete Verfahren hat
nicht den gewünschten Erfolg gehabt, weshalb über die Angelegenheit
der l. Regierung berichtet wird. In Folge dieser und vielleicht noch
anderer Vorgänge hat am 29. März in Gottesberg eine katholischen-
Versammlung stattgefunden, in welcher auf Grund einer über den ge-
nannten Lehrer eingegangenen Beschwerde mehrerer Schulväter, sowie
auf Grund der religiösen Richtung des Lehrers, der Beschluß gefaßt
worden ist, die nöthigen Schritte wegen Entfernung aus dem Amte
zu thun. Die Versammlung hat erklärt, Lehrer Gottwald sei nicht bei
einer altkatholischen, sondern für die römisch-katholische Schulgemeinde
in Gottesberg angestellt, und letztere heftigste nicht, für einen Leh-
rer anderer religiöser Richtung Geld auszugeben. Für den
5. April hatte Lehrer Gottwald einen öffentlichen Vortrag über die
Unfehlbarkeit des Papstes, mit besonderer Beleuchtung des Schulfrei-
tes in Gottesberg“ angekündigt. Gleichzeitig erschien ein von 8 Bür-

gern Gottesbergs unterzeichneter Aufruf, in welchem die Mitbürger
aufgefordert wurden, den Vortrag nicht anzuhören, „damit Lehrer
Gottwald die Ueberzeugung gewinne, daß er keinen Boden finde zur
Verfolgung seiner selbsthätigen Zwecke und zur Störung des in
Gottesberg altbewährten Friedens in Glaubenssachen.“ Es wird be-
richtet, daß der Vortrag eine ziemlich zahlreiche Zuhörerschaft gehabt
hat und ohne Störung gehalten wurde. Zu welchem Ergebnisse der
leidige Streit führen wird, bleibt abzuwarten.

Paris.

Paris, 13. April. In einem heute Vormittag unter dem Vor-
sitz des Marschalls Mac Mahon abgehaltenen Ministerrathe wurde
beschlossen, an das Organ des Grafen Chambord, die „Union“, ein
Communiqué zu richten, in welchem dem frohsdorfer Moniteur die An-
griffe gegen die, dem Marschall von der Assemblée übertragenen Ge-
walt verwiesen werden. Dieser Beschluß ist laut einer Mittheilung
des gewöhnlichen gut unterrichteten „Journal de Paris“ in vollkom-
mener Uebereinstimmung der sämtlichen Mitglieder des Kabinetes
gefaßt worden. Der Wortlaut der an die „Union“ zu richtenden amt-
lichen Verwarnung wurde folgendermaßen festgesetzt:

„Die „Union“ behauptet in ihrer seit einigen Tagen unterhaltenen
Polemik, daß in Folge der vom Vizepräsidenten des Kabinetes dem
Verfassungsausschusse angeklindigten Gesetzentwürfe die Männer, deren
politische Meinung das Blatt zu vertreten vorgiebt, ihre Freiheit be-
züglich der dem Marschall Mac Mahon durch das Gesetz vom 20.
November übertragenen Gewalt wiedererlangt haben. Diese Be-
hauptung kann nicht geduldet werden. Welcher Art auch die von der
Regierung der Nationalversammlung vorzuliegenden Gesetzentwürfe
sein werden, können sie doch dem konstitutionellen und für alle ver-
bindlichen Charakter des Gesetzes vom 20. November nichts benehmen,
welches dem Marschall Mac Mahon die Gewalt für sieben Jahre
übertragen hat. In dieser Hinsicht darf kein Zweifel obwalten.“

Der „Unibers“ veröffentlicht ein Breve, welches Pius IX. an
den Vorstand des katholischen Komites zu Orleans unter der Adresse
seines Vorsitzenden, des Vicomte de Morogues, gerichtet hat.
Die liberalen Katholiken von der Farbe des Herrn de Falloux (die
deutschen Klerikaler würden sie Auch- oder Staatskatholiken nennen)
werden sich dieses Schreiben des heiligen Vaters schwerlich hinter den
Spiegel stecken. Dasselbe lautet:

Pius IX., Papst.

Lieber und edler Sohn, Gruß und apostolischen Segen. Wir freuen
uns, theure Söhne, daß auch Ihr zu einer Gesellschaft zusammenge-
treten seid, um die Golllosigkeit zu bekämpfen, welche an dem Unstern
aller Ordnung arbeitet, und mit Vergnügen sehen wir, daß Ihr als
günstiges Anzeichen für den von Euch unternommenen Kampf den
Beistand und Segen des apostolischen Stuhles nachsucht, welchen
allein beständiger Sieg über die Mächte der Finsterniß verheißt ist.
Aber obwohl Ihr die Golllosigkeit bekämpfen wollt, so werdet Ihr
von derselben vielleicht weniger zu fürchten haben, als von einer be-
freundeten Gruppe von Anhängern jener zweideutigen Lehre, welche
zwar die äußersten Folgen der Irthümer verwerft, ihren ersten Keim
aber hartnäckig beibehält und großzieht, welche die ganze Wahrheit
nicht erfassen und auch wieder nicht von sich weisen will und daher
bemüht ist, die Weisung der Kirche mit ihren eigenen Gesinnungen in
Einklang zu bringen, so gut es eben geht. Denn es giebt auch heute
noch Männer, welche nur mit einiger Willensanstrengung den kürzlich
definitiven Wahrheiten beipflichten, um nicht des Schismas geziehen zu
werden und um ihr eigenes Gewissen zu täuschen, welche aber noch
keineswegs den Hochmuth abgelegt haben, der sich gegen die Wissen-
schaft Gottes auflehnt, und ihre Einsicht nicht dem Gehorham
gegen Jesum Christum gefangen gegeben haben. Wenn solche Mei-
nungen sich heimlich in Euren Geist eingeschlichen und ihn beherrschen,
dann dürftest Ihr nicht auf die Festigkeit und Stärke hoffen, welche
nur aus vollkommenem Beitritt zu dem Geiste und den Lehren des
Stuhles Petri hervorgehen können und dann würdet Ihr den Kampf,
den Ihr unternehmt, nicht nur nicht mit Erfolg zu führen vermögen,
sondern der Sache, die Ihr verteidigen wollt, vielleicht sogar den
größten Schaden zufügen. Seid also vor diesem verborgenen Feinde
auf der Hut, weilt keine gefährlichen Einflüsterungen von Euch und
nicht müthig, auf den unerschütterlichen Felsen Jesu Christi gestützt
und in die Fußstapfen Eures verehrten Vorfahrs tretend, (nämlich Mar.
Dupanloup, der, als anfänglicher eifriger Gegner der Infallibilität,
sich dem neuen Dogma doch wohl auch nur mit einiger Willensan-
streuung unterwarf, um nicht des Schismas geziehen zu werden.
Red.) gegen die Feinde aller göttlichen und menschlichen Autorität zu
feldern. Gott wird Euch Kraft und Sieg verleihen; wir aber spenden
Euch als Pfand der himmlischen Gnade und als Zeichen unseres väter-
lichen Wohlwollens in Liebe unseren apostolischen Segen.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung. (Schluß.)

Abg. v. Treitschke: Ich will dem Abg. Richter nicht auf das
unfruchtbare Gebiet rücksehender Kritik folgen, wo nichts geerntet
wird als Gehässigkeit. Ich will nicht fragen, wer unter uns am
frühesten deutsch gestimmt war. In den Tagen des deutschen Bundes-
tages sind Viele und nicht die Schlechtesten unter uns mit ganzem
Herzen deutsch gewesen, ohne es selbst zu wissen. Jene Männer,
welche damals die vom Abg. Richter so schändlich behandelte schwar-
ze Kollarde trugen, trugen die ruhmvollsten Farben, die Deutsch-
land besaß, bevor die schwarz-weiß-rothe Fahne über uns wehte.
(Beifall.) Sie haben Großes für unser Vaterland geschaffen, nun
sind die Tage gekommen, da wir Alle nach unversehrten Erlebnissen
erkennen, daß Deutschland gewonnen, was Preußen erwarb und statt
diesem alten Streit nachzugehen, sollten wir uns freuen, daß ein
Gegensatz zwischen der deutschen und preussischen Frage im neuen
deutschen Reich garricht mehr möglich ist.

Ich trete sogleich in die Sache selbst ein und danke zunächst den
beiden konservativen Rednern für die Unterstützung, welche sie uns
verheißten haben. Es ist Mandem von uns auch nicht ganz leicht
geworden, auf das Kompromiß einzugehen. Meine Bedenken sind jetzt
geschwunden, seitdem ich die Herren Reichenberger und Richter so
eifrig dagegen sprechen hörte. Sie weisen uns vor, unser Vorschlag
gehe aus von dem Mißtrauen gegen die Loyalität des Reichstages.
Ich könnte darauf sagen, die Herren im Centrum und auf der
äußersten Linken sind noch auf dem überwundenen Standpunkt jener
alten konstitutionellen Doktrin, wonach das Mißtrauen gegen die

Krone die eigentlich lebende Kraft des konstitutionellen Staates sein sollte. Aber die Rede des Herrn Richter hat mir bewiesen, daß die Stärke der Worte mit der Stärke der Gründe nicht mehr Hand in Hand zu gehen pflegt. Das Budgetrecht des Reichstages wird also durch den vorliegenden Streit gar nicht unmittelbar berührt. Mit Ausnahme des Antrages v. Bennigsen machen Sie von Ihrem Budgetrecht den wirksamsten Gebrauch; die Regierung wird dann keinen Mann einstellen, keinen Thaler für das Heer verwenden können, den wir nicht bewilligt haben, und diese Verantwortung für eine gehässige Belastung muß eine Volksvertretung auf ihre Schultern nehmen, auch wenn Herr Richter es als ein Zeichen von Scheinkonstitutionalismus hält. Die ganze Streitfrage bewegt sich im Grunde nur um den Punkt, ob wir das Recht ausüben sollen alljährlich oder für eine längere Zeit oder für eine unbestimmte Zeit bis auf weitere gesetzliche Vereinbarung. Da war denn meine Ansicht, es solle ein Gesetz dauernd bis auf weitere gesetzliche Vereinbarung der Friedenspräsenz festgesetzt werden. Gar zu unnatürlich ist es mir erschienen, daß das Reich, das wie wenige durch die Macht gerechter Waffen entstanden ist, seinem Heere noch nahezu eine Ausnahmebestimmung in seinem Staatsrecht einräumte durch die Festsetzung der 7 Jahre. Wo wäre ohne dies Heer Reich und Reichstag? Darum wollte ich die Friedenspräsenz dauernd feststellen und dem Reichstage nur das Bewilligungsrecht dafür lassen, was darüber hinausgeht. Damit wäre deutlich ausgesprochen gewesen: das Heer ist eine dauernde, gesetzliche Institution des Staates, und ich kann mir keinen vernünftigen Grund denken, warum ein deutscher Kaiser, ein König von Preußen auch nur einen Mann mehr unter den Fahnen halten sollte, als er notwendig hält für die Sicherheit des Reiches. Die vaterländische Geschichte beweist vielmehr, daß Preußens Könige oft aus landesväterlicher Fürsorge eine kleinere Truppenzahl hielten, als nötig war, um Preußens Aufgabe für Deutschland durchzuführen. Einen praktischen Unterschied zwischen einer periodischen und permanenten Feststellung der Friedenspräsenz kann ich doch nur in einem Punkt finden, wenn das Gesetz die Präsenz ohne Zeitbeschränkung normirt. Wir Gesetzgeber des 19. Jahrhunderts mußten uns in eigenthümlichen Illusionen wiegen, wenn wir meinten, unsere Gesetze in diesen schnell lebenden Tagen auf ewig festzustellen; eine solche Bestimmung sagt doch nur: Bundesrath und Reichstag haben es in der Hand, wenn sie eine Veränderung der Präsenz verlangen wollen, und sie würden doch nur einen solchen Zeitpunkt für die Aenderung wählen, wo sie die Bereitwilligkeit und friedliche Verständigung mit den anderen Faktoren voraussetzen konnten. Es ist von vorn herein ein fester Zeitpunkt für die Friedenspräsenz ins Auge gefaßt. Sicher gehen wir unberechenbaren Fällen entgegen, es kann in vier oder fünf Jahren schon die leidige Frage der Präsenz wieder ein Agitationsmittel werden für die Feinde des Reiches. So war meine Anschauung; ich habe mich aber überzeugt, daß nur eine kleine Mehrheit in diesem Hause dafür zu Stande kommen würde und unter meinen politischen Freunden sogar die Stimmen getheilt waren. Nun hat die Regierung selber erklärt, daß sie das Provisorium auf 7 Jahre annehmen könne und der Abg. v. Maltzahn hat sich nicht gekränkt gefühlt, plus royaliste que le roi zu sein. Ich lege den größten Werth darauf, daß in dieser Frage eine starke geschlossene Mehrheit auf Seiten des Kaisers und seiner Regierung steht. Wir wollen den inneren und äußeren Feinden zeigen, daß ein Bruch zwischen den gesetzgebenden Faktoren um des Heeres willen nicht möglich ist, daß in dieser großen Frage der Sicherheit des Reiches wir Alle für Einen und Einer für Alle stehen. (Beifall.) Herr Reichensperger fragte gestern, wo denn eine Partei in Deutschland die Grundlagen des Reiches bekämpfe. Ich kann allerdings Herzen und Nieren nicht prüfen und will also von Partei im Hause nicht reden, um den Streit nicht zu sehr zu erhitzen, aber wer war es denn, der den christlich frommen Wunsch aussprach, es möge ein Steinchen vom Himmel fallen, um die Füße des deutschen Kolosses zu zertrümmern? Ist es denn zu kühn anzunehmen, daß unter den frommen Seelen, welche den Urheber jenes Ausspruchs für unsehbar halten, sich auch einige Anhänger dieser politischen Ansicht finden? Den Tag hoffe ich freilich nicht zu erleben, da die Weltklügler unter den Ultramontanen des Hauses sich offen zu den Feinden des Reiches bekennen, denn diese Stunde würde erst schlagen, wenn unser Vaterland in offener Feldschlacht verloren hätte. Ein ungeheurer Wandel der Dinge hat das alte heilige römische Reich jetzt von Neuem aufstehen lassen als handfester, weltlicher, durch und durch moderner Staat, dem man seinen feierlichen Ursprung in allen seinen Zügen deutlich anmerkt. Ist es wunderbar, daß es langsame Naturen giebt, welche diesem raschen Wandel des Jahrhunderts nicht folgen können und noch nicht glauben an die Dauer dieser neuen Schöpfungen, und daß es Andere giebt, die schneller laufen, wie wir aus der Rede des Herrn Abg. Hafenclever sehen konnten, in der ich von Ideen nichts bemerkte, wohl aber überschwängliche Wünsche und Hoffnungen auf ein Schlaffenland, ein Nitogensheim, das ohne gewaltsamen Umsturz niemals würde eintreten können. Das sind die Feinde, gegen die wir im Innern zu kämpfen haben.

Und nun blicken Sie nach Außen! Unser Vaterland hat allezeit bald durch seine Macht, bald durch seine Ohnmacht die Geschichte der Welt bestimmt. Vor zwei Menschenaltern sagte Gneisenau mitten aus der Schmach Deutschlands heraus, Deutschlands und Italiens Schwäche habe das Uebergewicht Frankreichs verschuldet, und nicht eher würde das Weltall zur Ruhe kommen, als bis diese beiden Mächte wieder zu starken Staaten geworden. Nachdem dies geschehen muß Deutschland auch den Muth haben, seine eigenen Thaten zu bekämpfen, damit die Welt sich an die neue Ordnung der Dinge gewöhne und an sie glauben lerne. Und iodann ist es doch auch ein Fortschritt, daß wir aus dem Pauschquantum, aus der Diktatur jener letzten 7 Jahre herausgekommen sind und einen wirklichen Militär-Etat beraten können. Der entscheidende Grund für das Bennigsen'sche Amendement ist aber für mich die Hoffnung, daß in 7 Jahren das Reich mit ganz anderen Gesinnungen diesen Fragen gegenübersehen wird als heute. Wir werden dann mit Händen greifen, daß unser Budgetrecht keineswegs beschränkt ist. Die kampfbereiten Gesichter auf der Linken und im Centrum lassen nicht daran zweifeln, daß wir sehr lebhaften und wirksamen Debatten bei unseren Heeres-Etatsberatungen entgegengehen. Wir werden uns auch überzeugen, daß die Präsenzstärke unseres Heeres für unsere Steuerkraft und im Vergleich mit den anschwellenden Rüstungen der Nachbarn im Osten und Westen nicht zu hoch ist. Daraus wird sich die werthvolle parlamentarische Sitte bilden, den Heeres-Etat geschäftlicher, ruhiger zu behandeln, als es bisher in Deutschland üblich war.

Und endlich glaube ich, ohne ein Seher zu sein, Ihnen vorhersagen zu können: in 7 Jahren werden unsere extremen Parteien sehr viel unvernünftiger, sehr viel maßloser in ihren Ansprüchen sein als heute zu Tage, was die gemäßigten Parteien dahin bringen wird, noch mehr und noch vorsichtiger als heute mit den realen Thatsachen zu rechnen. Die Zeit des Fangeballspiels mit dem Dasein des Heeres, dies traurige Erbstück aus der Zeit der Kleinstaaterei, wie der harrische Kapuzenhelm oder die Vorliebe für schmutziges Papiergeld, wird dann vorüber sein und damit wird zugleich die alte Theorie des absoluten Budgetrechts verschwinden, die in ihren militärischen Konsequenzen schon durch den Feldzug von 1866 ihre vernichtende Kritik erfahren hat. In dieser Hoffnung, daß es in 7 Jahren einen freieren und zugleich besonneneren Liberalismus als heute geben wird. (Widerpruch links), bestärkt mich die Bewegung im Volk. Der Abg. Richter hat freilich von „zusammengewürfeltem Volkshaufen“ gesprochen, was aus dem Munde eines Demokraten einen sehr eigenthümlichen Eindruck macht. (Beifall bei den National-liberalen.) Er nennt diese Bewegung eine gemachte: was giebt dem Herrn das Recht in solchem Tone des Hochmuthes zu reden? (Der Präsident ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Ich bedaure, daß der harte Ausdruck mir einschließt ist. Ich will nur sagen, wie der Herr Abg. Richter dazu kommt, eine Reihe angelegener, waderer, deutscher Patrioten, die nach hunderttausenden zählen, so kurzweg als einen zusammengewürfelten Haufen abzufertigen. (Sehr richtig!) Ich habe meinen Wählern auf dem Hundsrück reinen Wein eingeschenkt. Nicht ein Wort des Widerpruchs hat sich erhoben, das Rheinland hat den Spruch nicht vergessen: „Halte fest am Reich du kölnischer Bauer, mag es fallen süß oder sauer!“ Ich begrüße diese

Bewegung als Zeichen einer tiefen Umwandlung der öffentlichen Meinung im Herzen des Volkes und sie wird dauern, wenn wir in 7 Jahren wieder über die Militärfrage beraten. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. (Zugleich zeigt der Präsident an, daß drei namentliche Abstimmungen über die Amendements v. Bennigsen und von Mallindrodt, sowie über den § 1 im Ganzen beantragt sind.)

Abg. v. Mallindrodt. Meine Herren, es handelt sich für mich darum, Ihnen den Standpunkt darzustellen, von welchem aus ich mein Amendement eingebracht habe, Preußen ist in seiner ganzen Geschichte im Wesentlichen ein Militärstaat. Man hat nun gesagt, es habe ein heilsames Gegengewicht erhalten durch diejenigen deutschen Staaten, die nicht Militärstaaten waren, und es würde in dem geeigneten Deutschland die Militärlast kleiner werden. Das ist jedoch in Wahrheit nicht geschehen, vielmehr hat sich das geeinte Deutschland ebenfalls in einen Militärstaat umgewandelt. Die Folgen davon sind nicht ausgeblieben und werden auch in Zukunft nicht ausbleiben. Für andere, als militärische Zwecke wird bei uns wenig verwendet. Wenn man Eisenbahnen gebaut hat, so hat man sie doch in erster Linie als Militärbahnen gebaut; in der Beamtenwelt begehen Sie überall der Armee, in der Richtung des Unterrichts ist der Militärstaat das Ideal, welches der Jugend vorgezeichnet ist. So weit durchdringt der militärische Gedanke alle Schichten des Volkes. Man ist freilich sehr eilig mit der schönen Phrase da von dem Volk in Waffen; in Wirklichkeit aber betrachtet sich doch die Armee als etwas Besonderes. Ich billige diesen besonderen Standpunkt vollkommen, nur muß man der Gesamtheit des Volkes gegenüber das Militär nicht anders malen, als es ist. Wenn man ausspricht, daß das Militär eine vortreffliche Schule durch mache, so darf man sich doch auf der anderen Seite gegen die Rückwirkung nicht sperren, daß der Volksgaist gegen den Militarismus kämpft, der Volksvertretung nicht die Zumuthung machen, auf alle ihre Rechte zu verzichten, wo es sich um die Entwicklung des Militärs handelt. Wir befinden uns auf einem Wege der Entwicklung der Dinge in Deutschland, den man nie früher gegangen ist in dem deutschen Reich, auf einem Wege, der zu einem Zustande führt, der mit dem Cäsarenthum in Rußland nicht große Unähnlichkeit hat. Einen Imperator auf dem Ministerstuhle haben wir heute schon (große Heiterkeit); wir haben nicht nur im Reiche eine Verfassung, wo es neben diesem allein maßgebenden Mann keinen verantwortlichen Minister giebt, sondern es giebt in Deutschland überhaupt keinen Minister mehr, sondern nur Wirkliche Geheimräthe mit dem Titel Excellenzen. (Erneute, anhaltende Heiterkeit.) Das Bedenklichste ist die ganze heutige Zeitströmung. Ich habe nie im Hause so frohe Gesichter gesehen, als nach jener Fraktionsversammlung, in welcher die Einigung mit der Regierung beschloffen worden ist. Man sah es den Gesichtern an, sie fühlten sich förmlich erlöst (große Heiterkeit), und das in einem Augenblicke, wo die Volksvertretung im Begriffe war, eines der wichtigsten Rechte aller Volksvertretungen zu opfern, ja die Herren versicherten, es hätte ihnen die Regierung eine große Konzession gemacht und deshalb müßten auch sie ihrerseits der Regierung ein Entgegenkommen beweisen und dürften nicht darauf bestehen, daß Militärpersonen ebenso behandelt würden, wie andere Leute, sondern müßten dieselben von den kommunalen Steuern befreien und den § 42 des Entwurfs streichen. In einer solchen Zeit kann ich mich nicht dazu entschließen, die Armeeverhältnisse noch mehr, als es schon jetzt der Fall ist, zur ausschließlichen Domäne der Regierung zu machen, kann nicht zugeben, daß der Absolutismus in mehr als zur Hälfte im Reiche wiederhergestellt wird. Ich bin nicht der Meinung, an der jetzt für notwendig gehaltenen Kriegsstärke etwas zu ändern; wir haben es hier überhaupt nicht mit dieser zu thun, sondern mit der Friedenspräsenzstärke. Die Forderung der Regierung, sagt man, sei durchaus den gegenwärtigen Verhältnissen angemessen; dies erkenne ich nicht in dem Maße an, wie andere Parteien in diesem Hause. Und damit komme ich auf die praktische Frage nach der Dienstzeit. Hr. v. Voigts-Rheez sagte, man sei so discret gewesen, diese Frage nicht zu berühren. Ich kann nicht finden, worin die Diskretion oder Indiskretion bestehe, ich halte es für loyal und in der Ordnung, mit den Ansichten nicht hinter dem Berge zu halten. Oder ziehen Sie es vielleicht vor, daß man es so macht, wie gestern: nachdem alle Welt mußte, es ist eine Verständigung erreicht, spricht der Führer der liberalen Partei: ich hoffe, es wird der Regierung möglich sein, zu einer Verständigung die Hand zu bieten; dann sieht der Herr Kriegsminister v. Kamelke auf und verliest den Beschluß des Bundesraths, nach welchem das Kompromiß angenommen worden ist. (Heiterkeit.) Und dann sagt ein Mitglied der national-liberalen Partei: wenn die Sache innerlich lächerlich wäre, so so brauche man doch hier nicht zu lachen. (Erneute Heiterkeit.) Was nun die Frage nach der Dienstzeit betrifft, so wird sich dieselbe wohl nie mit vollkommener Sicherheit beantworten lassen; die Sache hat zwei Seiten, deren eine zu beurtheilen die Herren vom Militär vorzüglich berufen sind, die andere aber gar nicht. Vom militärischen Standpunkt sagt man, vier Jahre sind besser als drei Jahre und drei Jahre besser als zwei Jahre; vom volkswirtschaftlichen Standpunkte behauptet man gerade das Gegentheil. Die finanzielle Seite der Frage lasse ich auf sich beruhen, dagegen fasse ich die persönliche Seite derselben ins Auge, die persönliche Belastung der Militärpflichtigen. Und das gerade ist es, was das Militär am allerwenigsten würdigt, weil in dem ganzen Offiziercorps nicht ein Einziger ist, der in die Lage kommt, eine ähnliche Pflicht erfüllen zu müssen. Der Militärdienst ist für den Offizier eine Berufsarbeit und in der Zeit, in welcher andere Bürger ihrer Militärpflicht genügen müssen, bezieht der angehende Offizier, der Leutnant noch obendrein Gehalt. Das Interesse der Familie ist vielleicht noch stärker, als das Interesse des einzelnen Militärpflichtigen darüber, daß die Leute nicht über das absolute Maß von Hause ferngehalten werden, gerade heute, wo die Arbeitskraft einen so enormen Werth hat. Gewiß ist es nützlich, eine Zeilung eine Schule strenger Ordnung und Disziplin durchzumachen, aber gerade: wie dem Studenten die Zeit, die er über sein triennium hinaus auf der Universität sich befindet, nicht gerade immer erprießlich ist, so muß auch die Zeit, die der Soldat länger als absolut nöthig bei der Waffe verbleibt, von schlimmen Folgen für ihn sein. Wenn ich früher den einjährigen freiwilligen Militärdienst mit dem dreijährigen vergleiche — ich schide voraus, daß ich nicht etwa wünsche, die Einrichtung für den einjährigen Dienst aufzuheben — so finde ich zwischen Beiden kein gerechtes Verhältniß. Man könnte vom Rechtsstandpunkt aus sogar behaupten, daß ebenso wie ein Jeder nach Maßgabe seiner finanziellen Kraft Steuern zahlt, es eben so billig ist, daß ein Jeder nach Maßgabe seiner Kraft den Militärdienst leiste und daß die Leute mit besserer Schulbildung ebenso eingestellt würden, wie die mit schlechterer. Sie würden sich freilich dagegen sträuben und nun mache ich den Rückschluß, die drei Jahre sind für den gemeinen Mann zu viel und ich beantrage, diese Differenz von drei Jahren zu ermäßigen. Selbst in militärischen Kreisen in dieselbe Meinung schon zum Ausdruck gelangt und Sie selbst (zur Linken gewendet) sind von der Nichtigkeit derselben überzeugt. Ich erinnere nur an die Aeußerungen der Abg. Gneist, v. Unruh, eines kleinen Schwärmer's für die zweijährige Dienstzeit, v. Bonins, der behauptete, daß die Verkürzung der Dienstzeit auf zwei Jahre vom ganzen Lande gewünscht werde, und v. Voigts-Rheez, welcher sagte, im dänischen Kriege habe das Volk die zweijährige Dienstzeit sich wieder erobert. Solcher Armeen mit zweijähriger Dienstzeit sind es nur zwei, die dänische im Kriege von 1864 und die österreichische im Kriege von 1859 und 1860. Ich bin aber überzeugt von der Mäßigkeit, eine vollkommen kriegstüchtige Armee mit kürzerer Dienstzeit, als drei Jahre auszubilden. Herr v. Voigts-Rheez hat gesagt, die dreijährige Dienstzeit stehe in der Verfassung, das ist aber thatsächlich nicht richtig, so daß eine gesetzliche Bestimmung meiner Forderung nicht entgegensteht. Ich würde iodann auch nicht die verlangte Präsenzstärke von 401,659 Mann bewilligen, weil die Lage keineswegs so bedrohlich ist, wie man vielfach gesagt hat. Wenn wir in nächster Zeit Krieg haben, so haben wir ihn nur, weil wir selbst ihn wollen. (Beifall im Centrum: Widerpruch rechts und links.) Der Abg. v. Bennigsen hat auf den kirchlichen Streit hingedeutet und gesagt, der Regierung sei der Kampf aufgedrungen von der römischen Kurie und den deutschen Bischöfen. M. H., wo ist aber bisher das Recht der Verträge, der Friedensschlüsse je in Abrede gestellt, jemals die Rechtsgiltigkeit des Gewordenen bestritten worden? Herr v. Bennigsen reproduzirt uns gestern, was wir schon oft gehört und gelesen;

ich habe es daher nicht mit ihm persönlich, sondern nur mit der Sache zu thun. Es giebt aber Dinge, für die man den rechten Ausdruck nicht scheuen darf, und ich brauche ihn deshalb, alle diese Behauptungen von früherem Datum sind eine bewußte Unwahrheit.

Präsident von Forckenbeck: Der Herr Redner spricht doch nicht von den Behauptungen irgend einer Person in diesem Hause?

Abg. v. Mallindrodt: Ich denke, ich habe genug vorgebracht; ich verhalte mich ganz objektiv; die Sache selbst ist eine Unwahrheit, eine Lüge und ich halte es für notwendig, gewisse Dinge recht prägnant zu bezeichnen. (Lebhaftes Bravo im Centrum.) Bei diesem Streite ist die Veranlassung von der anderen Seite ausgegangen und ich habe das dringendste Interesse, nicht nur ich allein, sondern das ganze Land, so weit es das Recht liebt (Bewegung, Rufe: Oh!), das zur Sprache zu bringen. Dahin gehört auch jene Rede des Papstes von dem Koloß mit den thönernen Füßen. Ich habe in unseren Zeitungen die Berichtigung jener Rede wohl gelesen, ob sie aber auch in liberalen Zeitungen stand, weiß ich nicht, wenn sie aber nicht darin stand, so gehört das auch in das Kapitel der liberalen Presse. Herr v. Bennigsen hat die Frage aufgeworfen, wie die Lage nach Ablauf der sieben Jahre sein würde und gesagt, dann trete der jetzige Zustand wieder ein. Durch das Reichsgesetz aber, das Sie jetzt machen, wird die Verfassung geändert und einmal abgeändert, kann sie doch nicht ohne Weiteres wieder hergestellt werden. Was es endlich mit der Stimmung im Volke für eine Bewandnis hat, davon hat Ihnen schon der Abg. Richter ein Bild gezeichnet. Es wäre wahrhaftig nicht schwer gewesen, gegenüber der Stimmung für die ewige Präsenzstärke eine entgegengesetzte Begeisterung Ihnen nachzuweisen. In einzelnen Städten hat man dieser entgegengesetzten Stimmung in der That Ausdruck gegeben; in München z. B. haben gegenüber den 1000 Stimmen für den § 1 3000 gegen denselben sich ergeben. M. H., es wäre sogar sehr leicht, 100,000 Stimmen zu finden, die den geschlossenen Kompromiß desabwärtigen. Sie tragen selbst heute ein Wesentliches dazu bei, sich den Boden unter den Füßen wegzuziehen. (Beifall im Centrum; Widerspruch rechts und links.)

Präsident Delbrück: Ich hatte überhaupt nicht die Absicht, in die Debatte einzugreifen; indessen kann ich einige Aeußerungen des Vorredners nicht ohne Erwiderung lassen. Er hat im Eingange seiner Rede ein Bild des Militarismus, Imperialismus und Cäsarismus entworfen, wie er jetzt über Deutschland hereinbricht. Als Illustration seiner Ausführungen hat er auf zwei Punkte hingewiesen. Er hat gefragt, wo sind die Milliarden geblieben? Sie sind verschlungen von der Armee oder für überwiegend militärische Zwecke verwendet worden. Da möchte ich doch daran erinnern, was die Milliarden für eine Bedeutung hatten. Sie sind gefordert worden als eine Entschädigung für die Kriegskosten, nicht damit die deutschen Regierungen sich damit Kapital machen. (Sehr richtig!) Dieser Forderung entsprechend sind die Zahlungen verwendet worden und es war ganz natürlich, daß sie im überwiegenden Maße theils für die unmittelbaren Folgen, des Krieges, z. B. für Pensionen, theils für die Wiederherstellung und Ausbildung der Wehrhaftigkeit des Volkes im Interesse der Erhaltung des Friedens verwendet wurden. Wenn die einzelnen Bundesstaaten noch Beträge erhalten haben, von denen ich wohl weiß, daß sie sehr klein sind, so fallen sie in die Kategorie der Kriegsentwässerung hinein. Durch alles das, was direkt hat ausgeglichen werden können, haben zahlreiche Verluste, welche die Nation durch den Krieg erlitten hat, ihre Ausgleichung nicht finden können, wie sie überhaupt einer gerechten Ausgleichung nicht fähig sind. Darin liegt die Berechtigung dessen, daß die einzelnen Staaten Zahlungen empfangen haben. An eine Bereicherung der deutschen Staatsfinanzen hat man niemals gedacht. — Ein Stück Imperialismus oder Cäsarismus findet der Vorredner darin, daß es in Deutschland keine Minister mehr giebt. (Heiterkeit.) Ich spezifisch habe, trotzdem ich den Titel führe, dennoch das Amt eines Ministers nicht; um so unabhängiger kann ich versichern, daß mir die in Deutschland vorhandenen Minister in meiner Stellung als Präsident des Reichskanzleramts sehr viel Sorge gemacht haben. Sie sind nicht verschunden, sie reden noch ihr sehr gewichtiges Wort in jeder Woche, an jedem Tage. (Sehr wahr!) Ich kann mich nun auf den eigentlichen Fonds des Vortrages des Abg. v. Mallindrodt wenden, der darin gipfelte, daß an die Stelle der dreijährigen die zweijährige Dienstzeit gesetzt werden solle. Diese Ausführung würde bei der Beratung des Heeresgesetzes im Jahre 1867 an der Stelle gewesen sein; hier ist sie nicht am Platze. Dann ist der Vorredner auf die Frage gekommen, ob Kriegsgesahr vorhanden sei oder nicht. Ich unternehme es nicht, ihm seine Ueberzeugung zu nehmen, daß wir einer langen Reihe friedlicher Jahre entgegengehen; ich will ihm auf diesem Gebiete nicht folgen, und ich würde diesen Punkt nicht erörtern haben, wenn ich nicht ganz entschieden ein Dementi dagegen einlegen wollte, daß das deutsche Reich dahin dränge, Frankreich Demütigungen zu bereiten. Es ist das eine Behauptung, der ich das formelle Dementi geben muß, weil nichts so sehr geeignet ist, den Samen der Zwietracht auszustreuen, als gerade solche Behauptungen. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Bundesbevollmächtigter Camphausen: Die Aeußerung des Abg. v. Mallindrodt, daß es keine Minister mehr gebe, veranlaßt mich zu der Bemerkung, daß das Kompromiß, welches unter den Auspizien des Reichskanzlers angebahnt worden ist, sich vom ersten Augenblicke meiner vollen Zustimmung erfreute, daß ich vom ersten Augenblicke an davon durchdrungen gewesen bin, daß es darauf ankomme, eine persönliche Politik zu verfolgen und eine geschlossene nationale Partei zu bilden. Wenn der Abg. v. Mallindrodt als Minister nur einen solchen anerkennen will, der der Politik des Fürsten v. Bismarck entgegentritt, dann stelle ich ihm allerdings frei auch mich zu den Nicht-Ministern zu rechnen. Dann ist dabei die Rede gewesen, daß jeder der beste Interpret seiner eigenen Worte sei. Ich stimme dieser Auffassung bei, aber mit einem Vorbehalt: der Betreffende muß sich nicht zu dem Grundsatze bekennen: si fecisti, nega. (Unruhe im Centrum. Beifall.) Endlich ist nun die Rede gewesen von den Finanzen und von der Rückwirkung der vorgeschlagenen Maßregeln auf die Finanzlage der Nation. Da meine ich nun, wir sollten durch die Erfahrungen der letzten Kriege gelernt haben, daß es keine gesündere Finanzpolitik giebt, als sich den Frieden zu sichern, daß es kein sichereres Mittel giebt, den Frieden zu sichern, als daß man in der Lage ist, den Frieden zu gebieten. Diese Lage wollen wir uns durch den vorliegenden Gesekentwurf retten.

Generalmajor von Voigts-Rheez: Der Abg. v. Mallindrodt hat behauptet, in Betreff der dreijährigen Dienstzeit stände Autorität gegen Autorität, so muß ich bei meinem Standpunkte stehen bleiben, daß nur ein erfahrener Infanterie-Offizier, der die Ausbildung der Soldaten geleitet hat, eine Autorität in dieser Sache hat. Ich selbst erlaube mir kein Urtheil, weil ich Kavallerie-Offizier bin, und alle die Autoritäten, auf welche sich der Abg. v. Mallindrodt berief, sind ebenfalls Kavallerieoffiziere gewesen. Eine gewandte Feder und eine dreifache Behauptung ist noch kein kompetentes Urtheil. Herr v. Mallindrodt hat meine Aeußerungen in der Kommission so darzustellen gesucht, als ob ich eine komische Anekdote hätte erzählen wollen. Ich habe allen Ernstes auf die veränderte Geschichtstafel der Gegenwart aufmerksam gemacht, die einen viel geschulteren und selbstständigeren Soldaten erfordert, als der frühere Kampf in geschlossenen Bataillonen. Es ist allerdings richtig, daß die österreichische Armee bei einer nominell längeren Dienstzeit 1859 und 1866 unglücklich gesodnet hat. Wenn der geehrte Herr das Werk des Generalstabes geleitet hätte, so würde er gefunden haben, daß wegen der schwierigen Finanzlage des österreichischen Staates die Soldaten niemals die volle Zeit unter der Fahne gewesen sind. Wenn es mir auch sehr fern liegt, die Verdienste der harrischen Armee zu verfeinern, aber das Werk eines harrischen Generalstabsoffiziers spricht es offen aus, daß die kurze Dienstzeit die Veranlassung gewesen sei, daß die harrischen Truppen den Strapazen und Anstrengungen des Krieges weniger zu widerstehen geeignet waren, als die preussischen.

Bundesbevollmächtigter Oberst Fries: Ich möchte dem Abg. von Mallindrodt bemerken, daß es sehr wenige harrische Offiziere giebt, welche nicht der Meinung sind, daß die dreijährige Dienstzeit beizubehalten, u. wenn sie noch nicht behände, jedenfalls einzuführen wäre. Abg. Dr. Loebe: Die schlimmste und gefährlichste Seite des Vortrages v. Bennigsen liegt darin, daß es nur ein Kompromiß auf Beil

und der Zwiespalt der Meinungen nach 7 Jahren wieder hervor-
treten wird. Derselbe wird in dieser Zeit nicht geringer werden und
die entgegengegesetzte Meinung des Abg. v. Treitschke wird sich schwerlich
entgegenstellen. Ich habe stets geglaubt, daß in der Militärfrage ein Kom-
promiß erforderlich sei; ich hatte gehofft, daß derselbe auf Grundlage
von herabgeminderten Diensten eintreten werde. Von den höchsten
militärischen Autoritäten wurde uns versichert, daß unter herabge-
minderter Dienstzeit die Kriegstüchtigkeit der Armee leiden werde. Ich
widerstand der Militärdiensten nicht Theil genommen, habe aber stets be-
halten, daß die Urtheile über Armeefragen immer an die bestehende
Moralität angeschlossen. Kann nicht bei unsern Fortbildungsschulen und
Anstalten der zwanzigjährige Mann bisher zum Militärdienst vor-
berichtet und in kürzeren Einziehungsdauern später in der Uebung er-
halten werden? Das sind die Fragen, welche ihrer Beantwortung
Auf die Beratungen der Kommission haben wir sofort ge-
eignete Vorschläge gemacht; auch die schlechteste Plenarberatung hätte
mehr als das Nichts der Kommission geschaffen und vor allem uns die
Zwangslage erspart, das jetzt vorgeschlagene Kompromiß anzunehmen,
wenn wir nicht, ob es kein besseres giebt. Ich halte es, wie
ich schon sagte, für den schlimmsten Nachtheil des vorliegenden, daß es auf Zeit
beschränkt ist. Wir haben weder in Preußen, noch in Deutschland je ein Militär-
gesetz erhalten. Wenn wir mehrere Jahre hindurch solche Beratungen
durchgeführt hätten, wären, wie ich glaube, manche Vorurtheile auf den Bänken
des Reichstags und auch im Reichstag zerstreut worden; auch im
parlamentarischen Leben wird keine Suppe so heiß gegessen, wie sie
aufgetragen wird. Solche Beratungen würden Ihnen (auf den Tisch
des Reichstags weisend) auch die trügerische Hoffnung nehmen, daß
nach 7 Jahren den § 1 der Vorlage durchsetzen werden. Ich will
sagen, daß mit Hilfe einer Reichstagsauflösung ein Reichstag
gefunden werde, welcher den § 1 annimmt; aber es wäre sicher
ein Schaden des deutschen Reiches. Eine solche Strömung im Volke
würde eben so wenig Dauer haben, als die der letzten Tage. Die-
selbe ist überdies höchst bedenklich, weil sie ein Protest ist gegen das
allgemeine Wahlrecht. Und es wäre ein gewagtes Spiel, wenn die
Regierung diese Bewegung geschaffen haben sollte; denn mit demselben
Rechte würden die Sozialdemokraten und die Ultramontanen Aus-
brüche des Volksfanatismus, wie sie schon mehrfach vorhergesagt sind
hervorbringen dürfen. Wenn ein Reichstag den § 1 annimmt, würde
dieser formell Gesetzestext erhalten können; aber der Widerstand der
Minoritäten würde nur um so größer werden, es würde aber an
Bekanntheit für das aufgeregte Volksgefühl fehlen. Bei jeder Wahlrede
würde jeder Kandidat sich über die Militärlast verantworten müssen
und jeder würde das Odium auf die Regierungen schieben. Mit der
Zeit würde eine Opposition ad hoc in den Beratungen der Ein-
zelstaaten und im Reichstag erscheinen. Eine Abänderung des Ge-
setzes wäre aber nur vom Bundesrath zu erstreiten, vielleicht auch zu
erlangen, aber nicht ohne Gegenleistungen. Ich freue mich, daß den
Ministern der Einzelstaaten noch so viele Selbstständigkeit inne wohnt,
wie vorhin gesagt wurde, aber der Andrang der Opposition in den
Kammern der Einzelstaaten würde sie für den Fall, daß der Bundes-
rath sich zu einer Aenderung nicht bereit erklärt, zwingen, mit dem
Bundesrath ihre Unthätigkeit zu entschuldigen. Darunter aber würde
das Reich leiden und während ich an äußere Gefahren des Reiches
wenig glauben habe, halte ich die Beseitigung aller inneren Gefahren
für durchaus geboten. Ich freue mich über den Protest vom Bun-
desrath gegen die Behauptung, als seien demütigende For-
derungen an Frankreich gestellt. Der fortwährende Chauvinismus
von jenseits des Rheins hat uns genungen, unsere Grenze zu
regeln. Der Revanchekrieg ist als selbstverständlich hier darge-
stellt, was mich und einen Theil des Hauses unangenehm be-
trübt hat. Aber wenn er überhaupt kommt, kommt er uns nicht
nabe oder es ist ein Koalitionskrieg, welcher noch andere Pro-
bleme stellt. Ich erkläre nochmals, daß ich den Kompromiß zwar nicht
für tadellos halte; ich hoffe aber, daß die Regierungen in diesen sieben
Jahren Aenderungen der bestehenden Einrichtungen billigen und vor-
bereiten werden. Die wirtschaftlichen Fragen haben nicht bei der ersten
und zweiten Beratung die Berücksichtigung gefunden, die sie verdient.
Es ist unabweisbar, daß die Auswanderung durch die Militärlast
erhöht ist. Das dritte Jahr des Militärdienstes, in welchem die
soldatische Zeit haben sich mit dem Bürgerstand bekannt zu machen,
bedeutet ferner, ebenso wie jede Mobilmachung, die Auswanderung vom
Lande in die Stadt. Die Herren von der rechten Seite werden wohl
geneigt sein, diese Frage ins Auge zu fassen. Ich hoffe, daß die Re-
gierungen darauf sinnen werden, eine Abhilfe für jene Mängel zu
finden. Bisher habe ich die Begründung mancher Kompromisse in den
unfertigen Zuständen der Reichsorganisation gefunden; eine definitive
Gestaltung der Reichsorganisation wird auch solche Provisorien un-
nötig machen. Ich stimme für das 7jährige Provisorium, weil ich
nach 7 Jahren eine Verständigung für leichter herstellbar halte, als
jetzt; ich bezweifle, daß die Folge des Provisoriums sein wird, daß die
Bewilligung des jetzt Gewährten eine ewige werden wird. (Beifall.)

Abg. Graf v. Moltke: Es sind vielfach frühere Reden von mir
zitiert worden; ich stehe noch heute auf demselben Standpunkte und
glaube sicher, daß ein starkes Deutschland in der Mitte von Europa
die größte Bürgschaft für den Frieden ist, aber, meine Herren, ein
starkes Deutschland. So lange uns aus einem Nachbarstaate täglich
in Schrift und Wort die Drohung mit dem Revanchekrieg ausgepro-
ben wird, dürfen wir nicht vergessen, daß nur das Schwert entschei-
det und unter allen Umständen Abrüstung für uns Krieg bedeutet, den
wir gern vermeiden wollen und der hoffentlich durch die Weisheit der
französischen Regierung vermieden werden wird. Wenn wir in Deutsch-
land uns früher und friedlich zu einigen gewußt hätten, so wäre der
Kampf mit Frankreich wahrscheinlich überhaupt nicht ausgebrochen. (Sehr
richtig.) In dem Kriege, mit welchem uns Frankreich überraschte, haben
wir unsere Macht nicht gemißbraucht, von uns hing es ab, 2 1/2 Mill.
Menschen dem unbedienten Sunarode entgegenzuführen, Niemand
konnte uns verhindern, die Einschließung von Paris 8 oder 14 Tage
fortzusetzen, der dortigen Regierung konnten wir jede Forderung ab-
zwingen, sie mußte alles herwilligen, zu erwägen blieb nur, ob irgend
eine Regierung in der Lage gewesen wäre, maßlosen Forderungen
nachzukommen. Wir beanugten uns nur, das Land zurückzuführen,
welches unser unruhiger Nachbar Deutschland in seiner Schwäche ent-
lassen hatte. Von weiteren Kriegsschuldigungen mag man uns nicht
sprechen, denn keine Milliarden können die Wunden heilen, welche ein
leichtem Herzen unternommener Krieg dem öffentlichen Leben und
der Familie geschlagen. Wenn in den eroberten Landestheilen in der
langen Zeit ungefähr 200 Jahren ein deutscher Volksstamm so voll-
ständig entnationalisiert werden können, daß er noch heute nach der
wünschenswerthen und gerechten Behandlung sich sträubt, in Deutschland
angenommen zu werden, so wollen wir in den nächsten zwei Jahr-
hunderten unseren Landsleuten diesseits der Vogesen Zeit lassen, sich
mit uns zu versöhnen. Daher genügt es uns, der Welt zu zeigen, daß
wir den festen Willen und die Macht haben, das Reichthum b im Reiche
friedlich zu erhalten. (Beifall.) Rings um uns her haben alle größeren
Mächte ihre kriegerischen Mittel wesentlich erhöht, wir sind bei dem
einen Prozent der Bevölkerung einer früheren Zählung stehen geblie-
ben. Wir können nicht auf numerische Ueberlegenheit rechnen, wir
müssen unser Vertrauen setzen auf die Tüchtigkeit unserer Armee und
die hängt eng zusammen mit der Dienstdauer jedes einzelnen Man-
nes. Der französische Infanterist dient thatsächlich bei der Fabne
3-4 Jahr; wir hoffen bei der trefflichen Anlage unserer Leute, bei
der sich mehr und mehr entwidende Schulbildung, bei den eingeführ-
ten Turnübungen und im Vertrauen auf die rastlose Arbeitsthatigkeit
unserer vom Morgen bis zum Abend angestrengten Offiziere und Un-
teroffiziere in einer kürzeren Frist eine tüchtige Infanterie erzielen zu
können. Wie weit man dieser Ansicht herabgehen kann, ist eine tech-
nische, rein militärische Frage und die Militärbehörde glaubt, während
des letzten Jahre bereits unter das Zulässige herabgegangen zu sein.
Das Amendement des Abg. v. Bennigsen erkennt an, daß die Forde-
rung der Militärverwaltung in der That gerechtfertigt ist; es bewil-
ligt sie aber nur auf eine beschränkte Zeit. Ich kann mich schwer da-
von überzeugen, daß die vornehmste Institution des Reiches überhaupt
ein Provisorium sein darf, ich glaube, daß sie gesetzlich als definitiv
festzustellen war. Die Gesetze werden ja nicht für alle Ewigkeit
gegeben. Aenderten sich im Laufe der Jahre die politischen Verhält-

nisse in der Welt, so war es möglich, auch die Ziffer der Präsenzstärke
gesetzlich zu modifizieren unter Zustimmung aller drei Faktoren der Ge-
setzgebung. Aber daß der Bestand der Armee abhängig sein soll von
dem Bewilligungsrecht nur eines dieser Faktoren, das will mir nicht
einleuchten. Ich werde nichts desto weniger für dieses Amendement
stimmen, weil ich glaube, daß auch nach sieben Jahren eine patriotische
Versammlung von Vertretern des Reiches dasjenige nicht wird ablehnen
können, was wir heute als notwendig für den Bestand des Reiches
erkennen, und in der Rücksicht, daß vielleicht nur auf dem Boden dieses
Amendements bei der Abstimmung eine Majorität sich ergeben wird,
welche der Wichtigkeit des Gegenstandes, dem Ansehen des Landes nach
außen und der Würde dieses Hauses entspricht. (Beifall.)

Abg. Lasker betritt um 4 Uhr die Tribüne. Derselbe legt zu-
nächst die Vorgänge dar, welche in der Kommission verurthelt, daß
man zu keinem Resultat gelangte und vermahnt sich dagegen, daß die
Begründung, welche dem Antrag v. Bennigsen gestern vom Antrag-
steller zu Theil wurde, die Ansichten aller Mitanttragsteller treffe. Er
hoffe, daß in den 7 Jahren die Meinungen über das Budgetrecht sich
klären und die Rechte des Reichstags allseitig Anerkennung finden
würden. Als Redner und seine Freunde den Antrag unterschrieben,
waren sie sich klar darüber, daß dieselbe Gesetz werden würde. Schon
1871 hätten sie dem dreijährigen Provisorium in der Hoffnung zugestimmt,
daß inzwischen das Mißtrauen zwischen Militärverwaltung
und Reichstag schwinden werde; sie wären sich bewußt, daß eine solche
Regelung nie einseitig erfolgen dürfe. Aus diesem habe ich, fährt
Redner fort, die Ueberzeugung gehabt, daß es zu einer Verständigung
kommen werde. In der Kommission schien es, als ob mit Hilfe der
Minimalmajorität eine Verständigung erzielt werden könne. Als die Mi-
litärverwaltung dieselbe aber definitiv verwarf, weil sie Vermirung
schaffe, war ich überzeugt, daß eine andere Basis gefunden werden
müßte, denn es war notwendig, einen Beschluß herbeizuführen, der
eine ansehnliche Majorität erlangen konnte. Innerhalb unserer Partei
galt es auch, Verständigung zu suchen wie zwischen Reichstag und
Regierungen hier. Es ist schon von einem geschätzten Mitgliede der-
selben gesagt, daß er die Vorlage am liebsten angenommen hätte; an-
dere wollten das Budgetrecht ungeschmälert lassen, weil sie annahmen,
daß jede Vertretung des deutschen Volkes die Mittel zur Sicherung
der Nation gewähren werde. Von Regierungsseiten wird ein Miß-
trauen gegen künftige Reichstage kund, welches mir unbegründet
schien. Ich und meine Freunde haben das lebhafteste Bestreben,
die Militärfrage gänzlich dem Streit der Parteien entzogen zu
sehen, die Grundlagen der Verfassung nicht mehr zum
Gegenstande von Volksversammlungen und Agitationsreden zu
machen, und ich habe mich sorgsam geprüft und gefragt, ob dies
Ziel erreicht werde, wenn ich den ursprünglichen § 1 der Vorlage
annehme. Darauf habe ich mir antworten müssen: Nein, dies Ziel
wird dadurch nicht erreicht, sondern die Annahme dieses § 1 führt
das gerade Gegenteil herbei, und darum mußte ich mich gegen den
ursprünglichen § 1 erklären. Ich habe nun das Amendement Ben-
nigsen geprüft einzig und allein nach der gegenwärtigen politischen
Lage Europas und bin zu dem Resultate gekommen, daß mit Annahme
dieses Amendements der Reichstag nicht genungen wird, sein Budget-
recht definitiv aufzugeben und daß andererseits die Militärverwaltung
Alles dasjenige feststellt erhält, was sie nach ihrer ursprünglichen
Idee gewollt hat. Es giebt jetzt keine Sieger und keine Besiegte.
Nach den Bewegungen des Volkes zu Gunsten des § 1, die ich keines-
wegs geneigt bin für ohne Bedeutung und für künstlich angeregt zu
halten, muß ich gestehen, was einige Tage für mich die Gefahr vor-
handen, daß der Weg der Verständigung dadurch von Seiten der Re-
gierung erschwert werden würde; ich habe aber zu meiner Freude
wahrgenommen, daß schließlich die vernünftige Erwägung die Ober-
hand behalten und den Ausschlag gegeben; und dieser Ausgang ge-
währt mir die sichere Zuversicht, daß die Militärverwaltung die Zeit
herbeiführen werde, in der über die Grundlage der Heereseinrichtungen
und über das gesammte Militärwesen ein Streit gar nicht mehr
sich erheben kann. Ich für meine Person werde die Zeit segnen, in
der die Militärangelegenheiten gänzlich unserer Diskussion entrückt
sind. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt u. A. Rich-
ter, daß er und seine Partei bei einer eventuellen Abstimmung über
das Amendement Bennigsen für dasselbe votiren werden, aber gegen
§ 1 mit diesem Amendement.

Nachdem noch Ref. Miquel gesprochen, kommt es zur Abstim-
mung. Von den Anträgen auf namentliche Abstimmung ist der be-
züglich des Amendements Bennigsen zurückgezogen. Der Antrag Sa-
fenelevor (Volksherr) wird mit allen Stimmen gegen der drei sozial-
demokratischen Antragsteller abgelehnt. Der Antrag v. Mallinckrodt
(die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mann-
schaften nicht nach den jedesmaligen Verhältnissen des Reiches durch
das jährliche Etatsgesetz festzustellen) wird darauf mit 256 gegen 114
Stimmen des Zentrums, der Polen, der Elsässer und einiger Sozial-
demokraten abgelehnt, Most und Motteler enthalten sich der Abstim-
mung. Desgleichen wird der Antrag der Fortschrittspartei (Ausfeld)
(Feststellung der Friedenspräsenzstärke durch das Etatsgesetz, Bewilli-
gung von 401,659 Mann für 1875) mit allen Stimmen gegen die der
Fortschrittspartei abgelehnt. (Dagegen stimmt auch Abg. Schmidt-
Stettin.)

Darauf wird das Amendement v. Bennigsen mit sehr großer
Majorität genehmigt, auch von der Fortschrittspartei, und endlich der
§ 1 mit diesem Amendement: „Die Friedenspräsenzstärke des Heeres
an Unteroffizieren und Mannschaften beträgt für die Zeit vom
1. Januar 1875 bis zum 31. Dezember 1881 401,659 Mann.
Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke
nicht in Anrechnung“ in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 146
Stimmen angenommen. Ein Mitglied enthält sich der Abstimmung.

Mit Ja stimmen die liberalen Fraktionen mit den Konserwativen
und einem Theil der Fortschrittspartei.

Mit Nein stimmt das Zentrum, das Gros der Fortschrittspartei,
Polen u. s. w.: v. Adeleben, beide v. Aretin, Ausfeld, Bantz, Baudri,
Bernards, Bernardi, Graf v. Bissingen, Bod, Borowski, v. Brenken,
Brück, v. Bus, v. Chamars, v. Chosłowski, v. Gartoriski,
Dagel, Dider, Dieder, v. Donimirek, Dunder, Eberth, Eder,
Erhard, Ewald, Eysoldt, von Foreade de Biar, Franck, v. Franken-
stein, Geib, v. Grand-Ry, beide Grosman, v. Grote, Guerber, Hänel,
v. Hafensbrädi, Hagen, Hasenleber, Hasselmann, Hauck, Hausmann
(Westholland), Hausmann (Tipp), v. Heremann, Herrlein, Herz,
Hoffmann, Horn, v. Hoberbeck, Huber, Börg, Kallstein, Regel,
von Keler, Kesseler, Kirchner, von Kleinsorgen, Klöppel,
Klog, Kochann, Köllner, von Kozłowski, Dr. Kracker,
von Landsberg-Gemen, von Landsberg-Steinfurt, Laug, Lender,
Lieber, Lingens, Lucius (Gellenkirchen), Munkje, von Malin-
ckrodt, Mayer (Donauwörth), Merkle, von Miller, Mindrait, Most,
Motteler, Mousfang, Müller (Sörlich), Müller (Berg), Graf Neubaus,
Nieper, Nehmden, v. Om, v. Parczewski, Parisius, Poffert,
Pohlmann, Graf v. Prachma, Graf v. Preussing, Graf von Quadt-
Wytradt-Jöns, Prinz Radziwill, beide Reichensperger, Reimer,
Richter (Gaden), v. Rogalinski, Rudolphi, Rukowum, v. Rybinski,
beide v. Saucken, von Savigny, von Schauenburg, Schmidt (Albach),
Graf von Schönborn-Wiesentheid, Schröder (Lippstadt), Schüttinger,
Schule-Delitsch, Schwarz, Senefrey, Simonis, v. Soden, Schönlin,
Sonnemann, Graf v. Stolberg-Stolberg (Neustadt), Ströcker, von
Taczanowski, v. Thimus, Traeger, Triller, Ulrich, Vahlteich, Graf
v. Waldburg-Zeil, Weiß, Frhr. Wendt, Westermayer, Wigers, Wind-
horst, Wintelhofer, Ziegler, Zietewicz, Zimmermann, v. Zoltowski,
von Zu Rhein.

Wir geben diese Namensliste mit dem üblichen Vorbehalt
bezüglich einzelner Nachmeldungen, die auf der Tribüne nicht zu kontrol-
liren sind.

Um 6 Uhr verlegt sich das Haus bis Mittwoch 12 Uhr.

* Die Bestimmung des französischen Militärgesetzes (Tit. 1, Art.
6, Alin. 2), welche der Referent Abg. Miquel gestern zitierte, lautet
wörtlich und richtig: „La composition détaillée des corps d'armée,

des divisions et des brigades, celle des cadres de corps des troupes
de toutes armes dont l'armée se compose, et les effectifs de ces
corps de troupes, tant sur le pied de paix que sur le pied de
guerre, seront déterminés par une loi spéciale.

lokales und Provinzielles

Posen, 15. April.

r. In Betreff der Forterhebung der Schlachtsteuer als
Kommunalsteuer beschloß die Stadtverordnetenversammlung in
ihrer heutigen Sitzung, sich mit dem Magistrat dahin nachträglich
einverstanden zu erklären, daß die Schlachtsteuer nicht nur in dem bis-
her für die Staatskasse erhobenen Betrage, sondern mit Einschluß des
bisherigen Kommunalzuschlages von 50 Prozent als Kommunalsteuer
vom 1. Januar 1875 auf die Dauer von 3 Jahren fortzuerheben sei
und daß die Erhebung und Verwaltung der Schlachtsteuer in Gemäß-
heit des § 4 des Gesetzes vom 25. Mai v. J. durch die Behörden und
Beamten der Verwaltung der indirekten Steuern des Staates für
Rechnung der Stadt beantragt, resp. fortgesetzt werden solle.

Der § 24 des Gesetzes vom 12. Mai 1873, auf Grund dessen
der Erzbischof Ledóchowski zur Amtsentsetzung verurtheilt worden
ist, lautet folgendermaßen:

„Kirchendiener, welche die auf ihr Amt oder ihre geistlichen Amts-
verrichtungen bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze oder die in
dieser Hinsicht von der Obrigkeit innerhalb ihrer geistlichen Zustän-
digkeit getroffenen Anordnungen so schwer verletzen, daß ihr Verblei-
ben im Amte mit der öffentlichen Ordnung unverträglich erscheint,
können auf Antrag der Staatsbehörde durch gerichtliches Urtheil aus
ihrem Amte entlassen werden. Die Entlassung aus dem Amte hat die
rechtliche Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes, den Verlust des Amts-
einkommens und die Erledigung der Stelle zur Folge.“

In Betr. der Präparandenbildung in der Provinz
Posen ist unter dem 12. März d. J. eine vom Oberpräsidenten
Günther unterzeichnete Instruktion erschienen, welche in dem neuesten
Amtsblatt enthalten ist. Derselbe tritt an Stelle der von dem l. Pro-
vinzial-Schulcollegium unter dem 22. März v. J. erlassenen Instruk-
tion, in Gemäßheit der von dem Unterrichtsminister mittelst der Er-
lasse vom 14. Mai v. J. und vom 9. Juli v. J. zu den Allgemeinen
Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 gegebenen Erklärungen.

Was zunächst die Einrichtungen zur Präparanden-
bildung betrifft, so erfolgt dieselbe nach § 1 entweder in sogenannten
Präparanden-Anstalten, an denen mehrere Lehrer nach einem einhei-
lichen Plane gemeinschaftlich Präparanden unterrichten, oder durch
einzelne arbeitende Lehrer. Königliche Präparanden-Anstalten bestehen
zur Zeit in Czarnikau und Erin, während die mit den Schullehrer-
seminarien zu Bromberg und Paradies verbundenen Anstalten als
private Präparanden-Anstalten anzusehen sind; diese 4 Anstalten stehen
unter Leitung und Aufsicht des Provinzial-Schulcollegiums. Die zur
Zeit bestehenden übrigen privaten Präparanden-Anstalten, sowie die
gegenwärtig einzeln arbeitenden Präparandenbildner sind zur Fort-
setzung ihrer Tätigkeit befugt, unterliegen jedoch der Aufsicht der l. Rege-
rung und haben, sofern sie auf staatliche Unterstützung Anspruch erheben
wollen, nach einem von der Regierung und dem Provinzial-Schulcollegium
festzustellenden Lehrplane zu arbeiten und sich der Inspektion des ihnen zu
bezeichnenden Seminarleiters zu unterwerfen. Wer künftighin private
Präparanden-Anstalten gründet oder als einzelner Präparandenbildner
arbeiten will, hat dies bei der l. Regierung anzumelden, und können
auch nur solche Personen, welche ausdrücklich mit der Präparanden-
bildung betraut worden sind, fernerhin mit Staatsunterstützungen be-
dacht werden. Die Anmeldung der Errichtung von Präparanden-
Anstalten oder einzelner Präparandenbildner erfolgt durch Vermitte-
lung des Kreis-Schulinspektors unter Einreichung eines Lehrplans.
Mit der Inspektion über die Präparandenbildung werden beauftragt:
die Seminarleitoren in Koschmin und Bromberg über die evangeli-
schen Präparanden-Anstalten und Bildner; die Seminarleitoren in
Paradies, Posen und Erin über die katholischen Anstalten und Bildner.
In Betreff der Qualifikation der Präparandenbildner
bestimmt die Instruktion, daß nur solche Lehrer mit der Präparanden-
bildung betraut werden können, welche die Wiederholungsprüfung gut
bestanden haben und in ihrer resp. Klasse Tüchtiges leisten, die eine
hinreichende musikalische Bildung besitzen und durch Nebenämter,
welche dem Lehramt fremd sind, in ihrer amtlichen Zeit nicht in An-
spruch genommen werden. Einem einzelnen Präparandenbildner sollen
in der Regel zwei, höchstens drei Präparanden anvertraut werden.
Was die Qualifikation der Präparanden betrifft, so sollen
dieselben körperlich gesund, namentlich eine gesunde Brust und gesunde
Augen, ein gutes musikalisches Gehör und eine laute angenehme
Stimme haben, 15-18 Jahr alt sein, u. und, wenn sie der polnischen
Nationalität angehören, im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der
deutschen Sprache schon einige Uebung besitzen; sie sind vor ihrer Annahme
in Gegenwart des Lokal-Schulinspektors zu prüfen. In Betreff der
inneren Einrichtung der Präparandenanstalten setzt die
Instruktion fest, daß dieselben, wenn irgend thunlich, mit aufsteigenden
Klassen einurichten sind, und daß der für das Seminar geforderte
Wissensstoff gründlich durgearbeitet und freies geistiges Eigentum
der Präparanden werde. Nicht befähigte oder unfittliche Präparanden
sind zu entlassen. Zum Hilfsdienst in der Schule sollen die Präpa-
randen nur im mäßigsten Umfange herangezogen werden. Auch ist
anzustreben, daß sie ihre Bildungszeit ununterbrochen zu Ende führen,
und nicht veranlaßt werden, erledigte Schulstellen interimistisch zu
besetzen. In den Lehrplan kann der fakultative Unterricht in einer
fremden Sprache aufgenommen werden; dagegen ist auf Pädagogik,
Schulfunde oder Schulprosis keine Rücksicht zu nehmen.

Der fünfte Abschnitt der Instruktion stellt die Ziele der Prä-
parandenbildung fest und bestimmt die Stufe, auf welcher die
Präparanden sich befinden müssen, wenn sie Ausnahme in ein Seminar
finden sollen. In der Religion (evangelischen wie katholischen) wird
unter Anderem das Auswendiglernen von 20 geistlichen Liedern ge-
fordert. Im Deutschen wird orthographisch und grammatisch richtiges
Schreiben, und das Anfertigen von Aufsätzen mit gegebenem Stoffe,
sowie grammatisches Wissen u. verlangt. Die Bestimmungen in
Betreff des Polnischen bleiben vorbehalten bis zur definitiven
Regelung der Frage, betreffs der Unterrichts-Sprache in
der Volksschule und der Betreibung des polnischen Sprachunterrichts
auf den Seminaren. Weitere Gegenstände sind: Rechnen, Raumbil-
de, Geographie, Geschichte, Naturkunde, Schreiben, Zeichnen, Musik, Turn-
en. In der Musik wird verlangt, daß der ins Seminar Aufzuneh-
mende einige Fertigkeit im Singen, Klaviers-, Violin- und Orgelspiele
habe. Durch geeignete Lektüre und Besprechung des Gelesenen sollen
die Präparandenbildner auf die Bildung des Geschmacks und Urtheils
ihrer Präparanden hinwirken. Der religiös-sittlichen Bil-
dung der Präparanden ist die sorgsamste Aufmerksamkeit zu wid-
men u. Der Aufnahme-Termin ist auf Ostern oder Michaelis
festzusetzen. Die Dauer der Präparandenbildung beträgt 2
volle Jahre. Eine staatliche Unterstützung von 20-50 Thln.
soll den von den l. Regierungen bestimmten Präparandenbildnern nach
der Zahl der ausgebildeten Böglinge u. gewährt werden, auch haben
hilfsbedürftige und würdige Präparandenunterstützungen aus Staats-
fonds zu gewärtigen, außer den Böglingen der l. Präparanden-Anstal-
ten. Der XI. Abschnitt enthält die Bedingungen zur Aufnahme
in das Seminar. Danach muß der Aufzunehmende mindestens das
17. Lebensjahr vollendet und darf das 24. noch nicht überschritten
haben. Präparanden, welche die Aufnahmeprüfung bereits dreimal
ohne Erfolg abgelegt haben, dürfen zu denselben nicht mehr angemeldet
werden.

r. Am l. Regierungsgebäude wird gegenwärtig von dem
niedrigeren Flügel nach dem Neuen Markte das oberste Dachgeschloß

abgetragen, indem dieses Gebäude durch Aufbau dieselbe Höhe wie das Hauptgebäude erhalten soll. Man beabsichtigte ursprünglich das daraneinander liegende Grundstück, auf welchem sich früher ein altes Schulhaus befand, von der St. Maria-Magdalenen-Gemeinde zu erwerben, und den Flügel dadurch bis zur Ecke der Thorstraße zu erweitern. Doch wurde diese Absicht aufgegeben, da für das Grundstück ein zu hoher Preis (wenn wir nicht irren, 600 Thlr. pro Quadratruhe) gefordert wurde.

r. Das Saisontheater wurde am Dienstag auf Anordnung des Magistrats und des Polizeidirektors einer eingehenden baulichen Revision unterzogen, welche ergab, daß eine vollständige neue Bedachung, sowie die Ausbesserung einiger Theile des Dachstuhl's erforderlich ist; auch wurde die bessere Sicherung sämtlicher Gassammen für erforderlich erachtet. Bis zum Beginn der Sommer-Vorstellungen (2. Mai) sollen diese Umänderungen und Reparaturen ausgeführt werden. Andere bauliche Veränderungen dürften zum Herbst erforderlich werden, da das Stadttheater zum nächsten Winter nicht mehr benutzt werden darf.

r. Die Eisenbahnzüge verspäteten sich Dienstag Abends wegen des starken Sturmes, der Zug von Breslau um 1/2, der von Bromberg um 3/4 Stunden.

r. Auf der Mühlenstraße ging Dienstag Nachmittags ein Pferd, welches vor einem mit Eisenstangen beladenen kleinen Möbelwagen gespannt war, durch, indem die nach vorn gerückten Eisenstangen dem Pferde an die Beine stießen. Der auf dem Wagen sitzende Kutscher wurde auf dem Neustädter Markte herabgeworfen und durch die gleichzeitig herabstürzenden Eisenstangen an Kopfe schwer verletzt. Nachdem eine gerade in der Nähe befindliche Diakonissin einen Nothverband angelegt, wurde der Kutscher in das städtische Krankenhaus geschafft.

Diebstahl. Gestohlen wurden einem Kaufmann am Alten Markt ca. 16 halbrodene Kalbsfüße, einem Eisenbahnkassner aus dem Warsauer III. und IV. Klasse des hiesigen Centralbahnhof's ein Dienstpferd, und aus dem Mühlengrundstück zu Stralower zwei Pferde mit Geschirre und Kreuzleinen, ein m. Thierarzt auf St. Martin mehrere Hühner.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Eisenbahngesellschaft Plesner & Co.** Die gestern (13.) Vormittags in Berlin stattgehabte Generalversammlung der Aktionäre dieser Gesellschaft war von ihrem Beginn an so überaus bewegt, wie dies wohl kaum jemals bei einer anderen Generalversammlung der Fall gewesen ist. Die Debatten entwickelten sich in der leidenschaftlichsten Weise und daß fast alle Reden, welche gehalten wurden, sich zu lebhafter Anklage gegen Aufsichtsrath und Direktion aufzuspitzen, braucht nicht speziell erwähnt zu werden. Von Seiten der Verwaltung wurden zwar mannigfache Erklärungen gegeben und die erhobenen Beschwerden hier und da entkräftet, an der gereizten Stimmung, welche in der Versammlung vorherrschte, änderte dies aber Nichts und verhinberte auch nicht, daß beantragt wurde, der Verwaltung die Charge zu verweigern. Daraufhin legte denn der Verwaltungsrath in corpore sein Amt nieder, weil er in der Verweigerung der Decharge ein Mißtrauensvotum erblickt, zog jedoch seine Demission wieder unter der Bedingung zurück, daß eine Prüfungskommission niedergesetzt werde, welche in etwa drei Wochen einer außerordentlichen Generalversammlung Bericht erstatten soll. Eine höchst frappante Tendenz des in der Versammlung verlesenen, vom Verwaltungsrathe unterzeichneten Geschäftsberichtes ist es, den Verwaltungsrath dagegen in Schutz zu nehmen, daß er nicht früher als Anfang vorigen Monats von den Schwierigkeiten der Gesellschaft eine Ahnung hatte. Die Berichte des Herrn Plesner hätten bis dahin immer zufriedendstellend gelaundet. Warum man diesen Berichten, von welchen jeder Kundige seit der Existenz der Kalamitäten unserer Eisenbahnindustrie wissen mußte, daß sie nicht zufriedendstellend hätten lauten dürfen, getraut hat wird nicht gesagt, vielmehr wird versichert, daß Jeder „in gutem Glauben“ gehandelt habe. Diese allseitige bona fides hat freilich leider nicht verhindern können, daß die stattgehabten Entschädigungen in dem Bericht der Bilanz zu einem Betrage von 2,500,000 Fleisch und Wein geworden sind. Was den Stand der Unternehmungen selbst betrifft, so sei bemerkt, daß die Angermünde-Schwedter Linie seit Ende vorigen Jahres bereits im Betrieb ist. Die Oberlausitzer

Bahn, welche um 6 Monate verzögert wurde, wird mit Arbeitszügen schon im Anfang dieses Jahres in ihrer ganzen Ausdehnung befahren und soll in 4 bis 5 Wochen dem Betriebe übergeben werden. Die Linie Münster - Enschade wird beschient und kann in zwei bis drei Monate fertig sein. Auf Dels-Gnefen ist der Grunderwerb fast beendet, ebenso wie dies bei den Erdarbeiten und Brücken zur Hälfte der Fall ist. An Oberbaumaterial ist auch fast die Hälfte zur Stelle, Betriebsmittel im Bau und eine namhafte Anzahl von Locomotiven schon fertig. Die Linie Leipzig-Meuselwitz ist größtentheils bereits beschient und kann in 3 Monaten betriebsfähig werden. Chemnitz-Komotau ist gleichfalls zu 1/2 vollendet und soll am 1. Oktober fahrbar werden. An Cera-Plauen ist noch 12 bis 15 Monate zu bauen; es seien Unterhandlungen im Gange, um die beiden letztgenannten Linien von den betreffenden Verwaltungen direkt vollenden zu lassen. Auf Erfurt-Hof-Eger wird die speziellen Vorarbeiten vollendet, einige Strecken von den Regierungen schon zum Bau genehmigt, dieser selbst ist aber nur an einer Stelle begonnen.

**** Stettiner Vereinsbank.** Wir brachten vor einiger Zeit die Mittheilung, daß eine Anzahl Aktionäre dieser Bank, die zusammen 400,000 Thlr. Aktienkapital repräsentiren, einen Antrag auf Liquidation eingebracht hätten. Wie die „Börse“ hört, hat sich die Preussische Bodenkredit-Aktien-Bank in Berlin bereit erklärt, weitere Aktien-Anmeldungen und Depositionen zur Erreichung des angestrebten Zweckes anzunehmen. Es müßten diese Anmeldungen aber bis spätestens zum 18. d. M. erfolgen, um noch in der bevorstehenden Generalversammlung die Annahme der sonstigen, diesen Plan durchkreuzenden Anträge zu verhindern. Es bereitet sich übrigens eine eigenthümliche Manipulation bei der Stettiner Vereinsbank vor. Die Gesellschafts-Vorstände beabsichtigen nämlich eine Reduktion des Grundkapitals durch Rückkauf einiger Aktien auszuführen; da das Handelsgericht in Stettin aber die Eintragung eines derartigen Beschlusses verweigert und auch das Appellationsgericht in Stettin diese Entscheidung gebilligt hat, so beabsichtigt die Bank, trotz ihrer auf Stettin als Domizil hinweisenden Firma ihr gesetzliches Domizil nach Berlin zu verlegen, um dort ihre Absicht durchzuführen und eventl. auch eine so ausgeführte Kapitalreduktion zur Eintragung bringen zu können.

Vermischtes.

Breslau. 12. April. [Reichen-Verbrennungs-Verein. Straßenordnung. Der Dampfer „Germania“. Theater. Zirkus.] Daß sich in unserer Stadt ein Reichen-Verbrennungs-Verein gebildet hat, werden Sie aus den hiesigen Zeitungen ersehen haben. Der Verein findet hier vielen Anklang und zählt bereits mehrere hundert Mitglieder, die sich zunächst zu einem Jahresbeitrage von 15 Sgr. verpflichten haben. Ein Ingenieur hat sich erboten, erforderlichenfalls einen Apparat für 2500 Thlr. zu liefern, in welchem binnen einer Stunde durch Gas die Verbrennung einer Leiche zu Werke erfolgen soll. — Mit unserer neuen Straßen- und Fabrikordnung können sich die breslauer Fuhrwerksbesitzer noch immer nicht befreunden; der Handelsstand klagt über dieselbe und ebenso der Landwirth und die Zuwiderrhandlungen gegen dieselbe sind ganz unglaublich groß, während im Jahre 1871 nur 6939, im Jahre 1872 9576 Strafmandate erlassen wurden, betrug deren Zahl im Jahre 1873, wo nur erst zwei Monate die neuen Straßenordnungen in Betradt kommen, bereits 13,565. In den ersten 2 Monaten dieses Jahres sind bereits 6326 Fälle von Uebertretungen zur Anzeige gelangt. — Der defekte Dampfer „Germania“, dessen Strandung ich Ihnen im letzten Berichte meldete, ist am Tage nach dem Unfalle doch noch über das Strauchwehr getrieben worden, aber ohne Unfall in der alten Oder angelangt, von wo er vermittelst Kuderung um die Stadt herum wieder nach dem eigentlichen Oderflusse und durch die Schleusen nach seinem früheren Lagerplatz zurückgebracht worden ist, woselbst an seiner Wiederinstandsetzung fleißig gearbeitet wird. Ob er bei seiner zweiten Probefahrt eben so bestes sein wird wie bei seiner ersten, steht freilich zu bezweifeln. — Im Stadttheater assistirt seit gestern eine italienische Schauspieler-Gesellschaft mit dem berühmten Traadten Rossi an der Spitze. Als erste Aufführung wurde „Otello, il Moro di Venezia“ gegeben und soll Stanorj Ernesto Rossi als Moor ganz vorzüglich gewesen sein. — An Stelle des Herrn Myers, welcher jetzt die braven Oberlehrer in Enttäuden versetzt, trifft in nächster Zeit Herr Salamonski aus Berlin (? Herr Salamonski befindet sich gegenwärtig in Riga. Red.) hier ein und wird den für die erkrankte Gesellschaft hier erbauten Zirkus ebenfalls zu seinen Vorstellungen benutzen.

*** Richard Wagners's Walküre.** Aus Berlin vom 12. d. wird geschrieben: In einem hiesigen Privatkreise fand am Freitag Abend eine Konzertaufführung des ersten Aktes von Richard Wagners „Die Walküre“ statt, die den Geladenen einen hohen Genuß bereitete und tiefen, nachhaltigen Eindruck auf dieselben machte. Während der Gastgeber mit seltener Ausdauer und mit dem feinsten in den reichreichen Nuancirungen zum Ausdruck gelangenden Verständniß Klavierpartie exekutirte, sang Fräulein von Jacius die Siegelnde in jener poetischen Auffassung, die wir seit langer Zeit an dieser vortheilhaften Konzertsängerin kennen. Herr Reicus, ein früherer Rintler einer ungemein sympathischen Tenorstimme, die ohne die expandirte Kraft, welche zur Bewältigung derartiger Aufgaben für große Bühnen erforderlich sein mag, doch durchaus den Timbre eines Heldeuten hat, sang den Siegmund, eine der größten und interessantesten Rollen, deren musikalischen Theil er in überraschender und glücklicher Weise löste. Herr Premierlieutenant Kubale wurde der minder bedeutenden und dankbaren Partie des „Hunding“ in höchst dankenswerter Weise gerecht und der Gesamteindruck war, trotzdem auch das sterblichste Klavierpiel von dem Farbenreichtum des Orchesters ein dürftiges Bild zu geben vermag, ein überwältigender.

*** Mit dem Passagen-Ledochowski zu Berlin** wird, wie es scheint, ein förmlicher Kultus getrieben. Die „Gem.“ meldet neuerlich eine größere Anzahl von Katholiken, die auf der Rückkehr von einem Ausfluge die Passage passirten, es sich nicht nehmen ließen, dem Bildniß des Erzbischofs dem Letzteren einige donnernde Worte auszubringen, die allerdings nicht bis nach Ostrowo, aber doch bis zu den Ohren einiger Schaulustige gedrungen sein werden.

*** Groß-Glogau.** 11. April. [Verhaftung eines Postbeamten.] Heute Mittag wurde ein hiesiger Post-Assistent verhaftet, weil derselbe Geldbriefe mit mehreren Hundert Thalern Inhalt gebrochen, und das Geld an sich genommen hatte.

*** Duell Odescalchi-Sonogno.** Aus Rom, 7. April, wird geschrieben: Telegraphischen Nachrichten von der schweizer Grenze zufolge fand gestern Nachmittags in Chiasso das Duell zwischen dem Fürsten Odescalchi und dem Redakteur der „Capitale“, Herrn R. Sonogno, statt. Die Soldaten des Fürsten waren der Fürst von Triano, Sohn des Herzogs von Sermoneta, beide Parlamentsdeputirte, und der Cavaliere d'Albi; die Soldaten des Zweiten der Parlamentsdeputirte Adolfo Diba und der Journalist Giuseppe Luciani, einer der Mitredakteure der „Capitale“, bekannt durch seinen Aufenthalt in Spanien zur Zeit des Königs Amadeo. Zuerst wechselten die beiden Gegner einige stolenschnelle, die glücklicherweise in die Luft gingen, sodann griffen zum Säbel, wobei der Fürst Odescalchi am Kopfe, Sonogno am Arme und an der Schulter verwundet wurde, womit das Rennen zu Ende war.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin. 15. April. [Reichstag.] Bei der zweiten Lesung des Militärgesetzes sprach Windthorst gegen den § 2, weil er das Gesetz bekämpfe und bemängelte den Kompromiß sowie die desfallsigen Verhandlungen und Konferenzen einzelner Reichstagsmitglieder, des Reichstagspräsidenten, Präsident v. Fockenberg wies die zügliche Bemerkung unter lebhaftem Beifall mit der Erklärung zurück: Ich behalte mir und meinen Nachfolgern das Recht vor, jeder Konferenz nach persönlichem Ermessen beizuwohnen, ihren Inhalt mitzutheilen oder zu verschweigen und erkenne Bezug hierauf keinen Richter über mir an. In der hier fortgesetzten Spezialberatung wurden die §§ 2-8 theils nach der Regierungsvorlage, theils nach den Kommissions-Anträgen angenommen. Fortsetzung morgen.

Noch niemals ist ein Buch so rasend schnell verkauft worden wie Dr. Aich's Naturheilmethode. Rathig bei J. J. Heine in Posen und J. Deuß in Czarnikau.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 5,000 Klinkern, 32,000 guten Thonziegeln 1 Klasse, 57,100 Hartbrand-Mauerziegeln, 39,400 Schluffziegeln 1. Klasse, 21,000 gewöhnlichen Dachziegeln

für die unterzeichnete Festungs-Bau-Direktion pro 1874, soll im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden, wozu ein Termin auf

Montag, den 20. April cr., Vormittags 10 Uhr,

im Bureau der Festungs-Bau-Direktion anberaumt wird.

Die Lieferungs-Bedingungen liegen in dem genannten Bureau - Ramonensplatz Nr. 1 - während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Posen, den 13. April 1874.

Königliche Festungsbau-Direktion.

Zu dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns **Joseph Fabian Sebastian Ristler** in Firma **S. Ristler** zu Posen, hat der Auktionsverwalter **Leopold Bistorski** zu Samter nachträglich eine Forderung von 1665 Thlr. 6 Sgr. 2 Pf. angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf

den 23. April 1874, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Konkurs-Kommissar im Terminszimmer Nr. XI. anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Posen, den 10. April 1874.

Königliches Kreisgericht.

Bekanntmachung.

An der hiesigen evangelischen Schule soll eine Lehrerstelle, mit welcher incl. Wohnungs-Entschädigung ein Einkommen von 315 Thlr. baares Gehalt verbunden ist, besetzt werden. Bewerber wollen sich unter Vorlegung ihrer Zeugnisse schleunigst bei uns melden.

Bentschen, den 14. April 1874.

Dr. Magistrat.

Substitutions-Patent.

Das im Dorfe **Kulkowo** Mogilnoer Kreises unter Nr. 3 gelegene bäuerliche Grundstück des **Theodor Simon** soll im Termine

den 13. Juli 1874 Vormittags 9 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege der notwendigen Substitution versteigert werden. Dasselbe ist mit einem Reinertrage von 115,93 Thlr. und mit einem Nutzungswerte von 25 Thlr. zur Grund- resp. Gebäudesteuer veranlagt worden und enthält an Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen 53 Hektar 12 Ar 10 Quadr.-Meter.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein, etwaige Abhängigkeiten und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen, können in unserem Bureau III. während der Geschäftsstunden eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweitig zur Wirksamkeit gegen dritte der Eintragung in das Hypothekensbuch bedürftig sind, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags soll im Termine

den 15. Juli 1874 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle verkündet werden.

Erzemeszuo, den 1. April 1874

Königliches Kreis-Gericht.

Der Substitutionsrichter.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Provinz Posen im Kosten Kreis belegene adeliche Rittergut **Grobja** oder **Bucz** nebst dem zu demselben gehörigen Vorwerke **Debina**, dem **Sigismund Grafen Dabski** gehörig, dessen Besitztitel auf den Namen des Subhastanten berichtigt steht, und welches mit einem Flächen-Inhalte von 584 Hektaren

40 Aren 50 Quadrastab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 1274 Thlr. 6 Sgr. 11 1/2 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 307 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Substitution

am 2. September d. J., Vormittags 10 Uhr,

an Ort und Stelle in **Bucz** versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein von dem Grundstück und alle sonstigen daselbst betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen, können im Bureau III. des unterzeichneten Königl. Kreisgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch in sich eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 4. September d. J., Vormittags 11 Uhr,

im Geschäftslokale des hiesigen neuen Gerichtsgebäudes anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Kosten, den 7. April 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Erste Abtheilung.

Der Substitutionsrichter.

Bekanntmachung.

Die zur Kaufmann **Aron Avonsohn'schen** Concursmasse gehörigen, noch ausstehenden Forderungen zum Gesamtbetrage von 8531 Thlr. 7 Sgr. 5 Pf. sollen im Termine

den 21. April 1874, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Concurs-Kommissarius im Gerichtszimmer Nr. 11 öffentlich meistbietend verkauft werden.

Posen, den 3. April 1874.

Königl. Kreis-Gericht.

Auktion von alten und neuen Möbeln.

Freitag den 17., von 9 Uhr ab, werde ich im Auktionslokale, **Sapiehahaus Nr. 6,** verschiedene feine

Möbel als: Plüsch-Garnituren, Spinde, Stühle, Tische jeder Art, Spiegel jeder Größe, 2 Mahagani-Schreibtische, Sophas, Chaiselongues, Commoden, Teppiche, ein Parthie Herren- u. Damen-Uhren, Garren

gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Kas, Auktions-Kommissarius.

Das Eckhaus Wallischeistr.

Nr. 90, in welchem seit mehreren Jahren ein Schanklokal nebst Destillation sich befindet, ist sofort aus freier Hand zu verkaufen.

Näheres beim Mitbesitzer daselbst zu erfahren.

Meine neu und elegant eingerichtete **Restauration**, verbunden mit Weinhandlung, St. Martin 14, beabsichtige ich unter sehr annehmbaren Bedingungen Familien-Verhältnisse halber sofort zu verkaufen. **J. Riedle.**

Für Messerschmiede. Eine Werkstätt zu verkaufen. Näheres auf frankirte Anfragen durch **E. Werres** in Bromberg.

Technikum Mittweida.

(in Sächsischen Sachsen) Nachdem die Schüler des Technikums: Herr **Willi. Fendt** aus **Puerto-Mont** in Chile (Süd-Amerika) und Herr **Ludw. Cebrowski** aus **Wilna** in Russland durch besondere Prüfung die wissenschaftliche Befähigung in ihrem Fache nachgewiesen haben ist ihnen das

Diplom für Maschinen-Ingenieure zuerkannt worden und werden dieselben statutengemäss hierdurch öffentlich empfohlen.

Der Director des Technikums **C. Weltzel.**

Bad Landeck

in preussisch Schlesien (Grafschaft Glatz) wird mit seinem 1400 Fuß über dem Meere gelegenen wirksamen Schwefelthermen 23° R., mit seinen **Bassin-Bädern** und vorzüglichen **Moorbädern**, mit seinen inneren und äußeren Douchen, seiner **Inhalationshalle**, seinen beiden **Trinkquellen** und seiner **Molkenanstalt** für die vorstehende Saison hierdurch empfohlen.

Der **Kur Landeck's** für die **Heilung** mannigfacher **chronischer Erkrankungen** ist seit Jahrhunderten begründet. **Landeck**, überaus reich an **Naturschönheiten**, ist für jeden Kurzweilhaber wohl eingerichtet und gilt seines **milden** und gemäßigten Klimas wegen für einen **klimatischen Kurort**.

Der Besuch im verfloffenen Jahre erreichte die Höhe von fast 600 Personen.

Eröffnung der Bäder am 1. Mai. Landeck im März 1874.

Der Magistrat als **Badedirektion** gez. **Birke**, Bürgermeister.

1 Rittergut, circa 1300 Morgen, ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres bei

W. Lubecki, Alecto.

Kapitalien auf Güter; ferner

Geld auf Wechsel beschafft das landwirthschaftliche Bureau zu **Berlin**, Friedrichstr. 178.

In einer gebildeten jüdischen Familie Berlin's finden zwei Pensionäre, Knaben oder Mädchen, beste Aufnahme. Nachfrage in allen Wissenschaften und freie Benutzung eines Pianinos. Näheres Adalbertstraße 33, 3. Etage.

J. Bodländer.

Drainage übernimmt noch vom 1. Juni d. J. ab und für reich und prompt aus, der Drainage **D. Heyn** in Modre, Post Stenzjewa (Beilage.)

Posen, den 26. März 1874.

Die Königl. Domain Unterwalden, im Pommer Kreise, 4 Meilen von der Kreisstadt Kraustadt und gegen 3 Meilen von der Eisenbahnstation Alt-Boyen entfernt, soll nebst Fischerei, Rohrnutzung und Forstlich auf 18 Jahre und zwar von Johanni 1875 bis dahin 1893 im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden:

Den Termin hierzu haben wir auf:

Dienstag, den 28. April d. J.,
Vormittags 11 Uhr,
in unserem Sessions-Zimmer anberaumt.

Die Domaine besteht aus:

1. dem Domainen-Vorwerk Unterwalden nebst Brenneret, enthaltend an:	
a, Hof- und Baustellen	1,599 Hektare,
b, Obstgärten	2,641 Hektare,
c, Acker	129,871 Hektare,
d, Wiesen	110,718 Hektare,
e, Hütung	16,844 Hektare,
f, Unland	1,400 Hektare,
Summa	263,073 Hektare.

2., dem Domainen-Vorwerk Primentdorf, enthaltend an:	
a, Hof- und Baustellen	1,654 Hektare,
b, Obstgärten	1,775 Hektare,
c, Acker	214,102 Hektare,
d, Wiesen	116,475 Hektare,
e, Hütung	18,841 Hektare,
f, Unland	1,470 Hektare,
Summa	354,317 Hektare.

3., dem Domainen-Vorwerk Radstedt, enthaltend an:	
a, Hof- und Baustellen	0,914 Hektare,
b, Obstgärten	0,538 Hektare,
c, Acker	249,044 Hektare,
d, Wiesen	101,491 Hektare,
e, Hütung	42,823 Hektare,
f, Unland	1,715 Hektare,
Summa	396,525 Hektare.

4., dem bei der Domainen-Verwaltung verbliebenen Antheil am **Primentter-See**, mit einer Fläche von 173,658 Hektaren.

Das Pachtgelde-Minimum einschließlich der Zinsen für ein Geld-Zuwendarium von 2000 Thlr. ist auf 5000 Thlr., die Pacht-Raution auf 2000 Thlr. und der Minimalwerth des Vieh- und Wirthschafts-Inventars, mit welchem die Pachtstücke besetzt zu halten sind, auf 18,000 Thlr. festgesetzt.

Jeder, der sich beim Bieten betheiligen will, hat vor dem Termine bei dem Pzitations-Kommissarius sich über den eigenthümlichen Besitz eines disponiblen Vermögens von 30,000 Thlr. sowie über seine landwirthschaftliche und sonstige Qualifikation auszuweisen.

Die sonstigen Pachtbedingungen und Pzitationsregeln, sowie Karte Vermessungs- und Bonifications-Registrier, Gebäude-Inventarium, können vor dem Termine, sowohl in unserer Domainen-Registrier, während der Dienststunden, als auch in Unterwalden, (bei Priment) selbst bei dem gegenwärtigen Pächter, Ober-Amtmann **Dunig** eingesehen werden, welcher auf vorherige Anmeldung auch die Besichtigung der Pachtobjekte gestatten und sonstige Auskunft erteilen wird.

Königliche Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten,
Bergengroth.

Kiefer-Samen

(Pinus sylvestris.)

in vorzüglichster frischer Qualität mit 90 pCt. Keimkraft. Es ist mir aus einer Regierungs-Kleing-Anstalt dasjenige Quantum zum Verkauf überwiesen worden, welches dieses Frühjahr noch gewonnen und liefert ich das Pfund inkl. Emballage für 1 Thaler, 10 Pfund für 9 Thlr., 25 Pfund für 22 Thlr., 50 Pfund für 42 Thlr., 100 Pfund für 83 Thlr. (H. 11699)

J. G. Sübner, Bunzlau i/Schl.
Samenhandlung, Baumschulen, Handelsgärtnererei.

In **Biskupice bei Glecko** stehen zum Verkauf:

- 8 tragende Fersen } veredelter Landrace,
 - 1 zweijähriger Zulle }
 - 3 sehr kräftig gebaute vierjährige Zugochsen;
- ebenso ein noch gut erhaltenes Cabriolet. **Bleneok.**

15. Wilhelmsplatz 15.

Nähmaschinen-Ausstellung

von 100 Stück in 20 verschiedenen Systemen, verbunden mit einer **Reparaturwerkstatt,**

derart, daß jede nicht gangbare Maschine binnen 24 Stunden in brauchbarem Zustande zurückgeliefert werden kann.

Besonders empfehlen wir unsere verbesserte **Singer** (Hn. Universalmaschine für 32 Thlr., **Wheeler & Wilson** für 25 Thlr., Cylinder für Schuhmacher und Schneider 40 Thlr., Handmaschinen 6 Thlr., so wie Schmirlich-Grover und Vater-Elastic-Cäulen-Handschub etc. zu sehr billigen Preisen, und nehmen auf Wunsch gebrauchte Maschinen an Zahlungsstatt an. — Garantie 10 Jahre, Theilzahlungen gestattet.

H. Hahn & Co., Nähmaschinenfabrikanten,
Berlin und Posen.

15. Wilhelmsplatz 15.

Eine reiche Auswahl

von den neuesten Frühjahrs- und Sommerstoffen, Costumes und allen Arten Confections zu sehr billigen Preisen empfiehlt

F. Boguslawski,

Mode- und Confections-Geschäft.
Neuestraße Nr. 5.

Die Vergolder- und Bilderrahmen-Fabrik

von **M. Nowiokl & Grünastel,**

Zesuitenstraße (altes Marien-Gymnasium), empfiehlt ihre reichhaltigen Lager in Brüsseler und Barock-Rahmen, sowie Gold-, Poltsander-, Nußbaum- und Antik-Lestfen. Silber werden sauber eingerahmt und alte Rahmen gut restauriert. Preise werden billigst berechnet.



Dem Herrn v. Guet in Posen habe ich die Vertretung meiner Maschinen übertragen, was ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringe.

E. Drewitz, Maschinenbau-Anstalt in Thorn.

Auf vorstehende Anzeige Bezug nehmend, empfehle ich die Maschinen aus genannter Fabrik, besonders die Breit- und Kleesäemaschinen nach dem bewährten Drewitz'schen System, von denen ich stets welche auf Lager habe.

v. Haet, Mühlenstraße 22, 1 Treppe.

Wacht! Frischer Räucherlachs billigst, hochfeiner Prima Schweizer-Käse und Sahnenkäse sehr billig, eben so hochrothe Himbeer-Äpfelinen und Meßlin. Citronen gut und billig bei **E. Kletschoff, Krämerstr. 1.**

Maitrant

von frischem Waldmeister empfehlen

W. F. Meyer & Co.

Wilhelmsplatz 2.

Fischel Leb. Hechte und Zander Donnerstag Ab. 4 1/2 Uhr zu bill. Preisen bei **Kletschoff.**

Loose

zum Besten der Königsberger Erziehungs-Anstalt

für verwahrloste Kinder, ohne Unterschied der Religion. Ziehung den 21. April c.

Preis 1 Thlr. zur Königsberger Pferde-Lotterie. Ziehung d. 20. Mai c.

Preis 1 Thlr. zur Schlesi'schen Pferde-Lotterie. Ziehung d. 5. Juni c.

Preis 1 Thlr. sind in der Exp. der Posenener Zeitung zu haben.

Bei Abnahme von 20 Loosen wird ein Freiloos bewilligt. Auswärtige wollen gest. 1 Sgr. Rückporto beifügen.

149. Preuss. Lotterie

verkauft und versendet Antheil-Loose

1/2	1/3	1/4	1/5	1/6	1/10	1/20	1/50
70	35	17 1/2	8 1/2	4 1/2	2 1/2	1 1/2	1 1/2

ferner 1 Serie 1/8 versch. Nr. Thlr. 70. do. do. 1/10 do. do. do. 70.

J. Juliusburger,

Breslau,
Lotterie-Comptoir, Hofmarkt 9, 1. Et.

Lotterie-Loose 1/2 21 Thlr. (Orig.), 1/3 9 Thlr., 1/4 4 1/2 Thlr., 1/5 2 1/2 Thlr., v. E. G. Dzancki, Berlin, Samowitzbr. 2.

Vom 17. April bis 5. Mai: Hauptziehung

Kgl. Preuss. 149. Staats-Lotterie. Hierzu verkauft und versendet

Antheilloose: (H. 11604.) 1/1 80. 40. 20. 10 1/2. 5 1/2. 2 1/2. 1 1/2. Th. geg. Postvorsch. od. Einsend. d. Betr.

Staats-Elect.-Handl. Max Meyer, Berlin, Leipzigerstr. 37, 1. u. alt. Lott.-Gesch. Prss. gegr. 1855.

Schügenstraße 13/14 ist noch die erste Etage und eine Remise (Pferdestall) sofort zu vermieten.

St. Martin Nr. 2 ein Laden im neuverbauten Hause, zu jedem Geschäftsbetrieb geeignet, vom 1. Juli oder früher zu vermieten.

Bäckerstraße 18 eine Wohnung von 3 resp. 4 Zimmern, Küche und Zubehör, 3. Etage, sowie 2 eleg. Zimmer mit auch ohne Möbel zu verm. Näh. daselbst.

Große Geberstraße 17 ist eine Kellerwohnung zu vermieten.

Königsstr. 19 ist die 1. Etage mit auch ohne Pferdestall p. 1. Okt. zu verm.

Wegen einem Todesfall ist Bergstr. Nr. 14, 1 Tr., sogleich eine Wohnung zu verm. und zu beziehen. Das Nähere beim Tischlermeister **Carl Köhler, Schügenstr. Nr. 11.**

Neue Straße 3 ist eine kl. Wohnung, Stube, Alkoven und Küche, zu verm.

Eine Wohnung

im 1. Stock, aus 3 Stuben, Küche und Entree, vom 1. Juli ab, Bergstraße 9 zu vermieten.

Acacien-Pflanzen

noch zirka 1/2 Million abgebar.

1	Jahr.	per 1000 Stück	2 Thlr., 10,000 für 19 Thlr.
2	"	" 1000 "	4 Thlr., 10,000 " 38 Thlr.
3	"	" 100 "	1 Thlr., 10,000 für 12 Thlr.

Englische Riesen-Spargelpflanzen

meiner weltberühmten Sorte in vorzüglichen kräftigen Pflanzen:

3 Jahr. 100 Stück 1 Thlr., 1000 Stück 9 Thlr.

2 Jahr. 100 Stück 20 Sgr., 1000 Stück 5 Thlr.

Cultur-Anweisung gratis beigelegt. (H. 11699.) **J. G. Sübner, Bunzlau i/Schl**

LA COMPAGNIE DES INDES

SPECIALITÉ DE

Foulards des Indes et de Chine,

42, rue de Grenelle-St.-Germain

PARIS,

a reçu toute sa BELLE NOUVEAUTE en FOU-LARDS DE L'INDE pour Robes, tient a la disposition des Dames qui lui en feront la demande, sa riche collection d'échantillons, contenant HUIT CENTS échantillons à choisir, expédiés franco. Maison de confiance. — Prix fixe.

Seigen-Coffee

aus der renomirtesten Fabrik von **Andro Hofer, Salzburg.** Engros-Lager und Alleinverkauf für die Provinz bei **Jacob Appel, Posen.**

Christmann'sche Milchpomade.

Diese wissenschaftlich geprüfte, chemisch und medizinisch als vorzüglich anerkannte Pomade stärkt die Kopfnerven, verhindert nach regelmäßigem Gebrauch das Ausfallen der Haare bestimmt und befördert oft da, wo Jahre lange ärztliche Hilfe nutzlos blieb einen neuen und kräftigen Haarwuchs.

Zu beziehen für 5 und 15 Sgr. pro Büchse bei **Herrn R. Barokowski in Posen.**

National-Dampfschiffs-Compagnie.

Nach **Amerika** von Stettin nach Newhork via **Sund-Siverpool.** Jeden Mittwoch für **40 Thaler** mit vollständiger Beförderung.

C. Messing, Berlin, Französische Straße 28.
C. Messing, Stettin, Grüne Schanze 1a.

Zwei gut möbl. Zimmer, vornheraus, sind **Mühlenstraße 34, Thüreingang, im 3. Stock, vom 1. k. Mts. zu vermieten.** Näheres daselbst rechts.

Ein tapezirtes Zimmer mit oder ohne Möbel ist zum 1. Mai Halldorfstraße 36 zu vermieten.

Ein gut möbl. zweif. Zimmer, im 1. Stock, vornheraus, ist vom 1. Mai St. Martin 33 zu vermieten.

Möblirte Zimmer, elegant, zweif. fenst. Friedr. str. 12, zwei Treppen.

1 möbl. Zimmer m. od. v. Kab. f. z. verm. **St. Martin 60, 3 Treppen.**

Ein gut möbl. freundl. Zimmer mit sep. Eing. ist an einen ruhigen Herrn vom 1. Mai zu verm. **St. Martin 16, im Hinterh., 2 Tr. rechts.**

Ein im Polzifache gelbter, der polnischen Sprache mächtiger **Bureau-Gehilfe** findet sofort oder zum 1. Mai c. Engagement bei dem Königl. Distrikts-Amt zu Wongrowice. Gehalt nach Uebereinkommen.

Auf einem größeren Gute der Provinz findet sofort ein zweiter Beamter oder ein Cleve Stellung. Offerten unter Chiffre **A. I.** franco Expedition dieser Zeitung.

Ein Commis für ein Weiswaren-Geschäft, fähig polnische und deutsche Correspondenz zu führen, mit guten Zeugnissen versehen, wird gesucht. Näheres in der Exped. dieser Zeitung.

Stettin-Copenhagen.

A. I. Postdampfer „Titania“ Opt. G. Ziemke. **Stettin** jeden Sonnabend 1 Uhr Nachmitt. **Copenhagen** jed. Mittwoch 3 Uhr Nachm. Dauer der Ueberfahrt 14 bis 15 Stunden.

Rud. Christ. Grit et in Stettin.

Die Berliner Vacanzen-Liste

bietet allen Stellensuchenden seit 15 Jahren die sicherste Gelegenheit, sich ohne Commissionäre und Honorare selbst ein Engagement (in jedem Beruf und jeder Charge) zu beschaffen. Abonnement: für 5 wöchentliche Listen 1 Thlr., für 13 wöchentliche Listen 2 Thlr. portofrei nach allen Orten. Best. (durch Post-Anweif.) an Buchhändler **W. Neumann** in Berlin, Cendradtenstraße 18 zu richten.

Ich suche einen unversehrten **Wirthschaftsbeamten,** der Rechnungswesen versteht, per 1. 1874 zu engagiren. Einige Kenntniss der polnischen Sprache ist erwünscht. Aufschwitz bei Kraustadt.

Meyer, herzoglicher Domänenpächter. Dom. **Zurawia** bei Grün. sogleich oder zum 1. Juli einen tüchtigen, deutschen, der polnischen Sprache mächtigen unversehrten **ersten Wirthschaftsbeamten** im Alter von bis 35 J., welcher gute Atteste und Empfehlungen beibringen kann. 200 Thlr. Tantieme ca. 100 Thlr. Für einen **Septimaner** mit Nachhilfe ein **Secundaner** Näheres Gr. Gerberstraße Nr. 1 Etage.

Einen Lehrling sucht **N. Nutecki,** Uhrmacher, Friedrichstr. Ein ordentl. tüchtiger **Buchbinder-Gehilfe** findet sofort bei Lohn dauernde Beschäftigung. Näheres in der Exped. dieser Zeitung.

Ein tüchtiger **Verkäufer** und **Volontair** können sich melden bei **S. H. Korach,** Modewarenhandl. u. Damen-Confect.

Ein Lehrling christlicher Confect findet Stellung bei **Manasse Werner,** Schneidemeister **H. Walter,** helmsstraße 26.

Apotheker-Lehrling, Ein mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen junger Mann findet sogleich Lehrling in meine Apotheke eintreten. Landsberg a. Warthe.

G. Nöfel, Verh. u. unversehr. **Wirthschaftsbeamte,** die wirklich gut empfinden, weißt stets nach **C. Stübnerath** zu Breslau, Schuhbrücke 31.

Ein **Commis, Spectorist,** poln. und deutschen Sprache mächtig sucht bald Stellung. Gest. D. bitte unter Chiffre **A. K.** poste restante Posen niederzulegen.

Ein seit mehreren Jahren im Pöfischen wie auch im Theoretischen fahrener **Brennereibewerker,** mit besten Zeugnissen versehen, sucht 1. Juli d. J. im Herzogthum P. oder Niederschlesien eine andere Exp. Posenener Btg. einzuführen u. gest. P. ten daselbst unter **M. N.** niederzulegen.

Zugel. ein jung. **Affenpinscher** hellbraune Farbe. Breite-Strasse Nr. **Zul. Meißner.**

Grüner Lesezirkel Die geehrten Mitglieder werden durch zu der auf **Sonnabend** 18. d. M., Nachmittags 4 Uhr, in Mittelgüldenstraße auf der Kleinen W. terstraße anberaumten **Generalversammlung** ergebenst eingeladen. **Der Vorstand.**

Die geehrten Mitglieder des Gesangsvereins

für **geistliche Musik** werden ergebenst ersucht **Freitag den 17. d. M.** zu gewohnter Zeit recht zahlreich der Uebungsstunden beiwohnen zu wollen, da eine **Anführung** in den nächsten Zeit bevorsteht. **Der Vorstand.**

Familien-Nachrichten. Die heute früh um 4 Uhr hier erfolgte glückliche Entbindung meiner Tochter **Dora** von einem kräftigen Knaben befreie ich mich, statt besonderer Meldung im Namen meines Schwagers **Johannes, Herrn Berndt** in Breslau, hierdurch ergebenst anzuzeigen. Posen, den 15. April 1874.

Rosenthal, Bank-Direktor.

Die Beerdigung der Frau **Charlotte Haberlandt** findet nicht heut um 4 Uhr, sondern erst um 5 Uhr statt.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater. Donnerstag: 's Lieserl. — Die Zulu Tulipatan. Die Direction

Posen. Die Ausstellung von **Hanns Makart's Abundantia-Bildern** im **Original-Gemälde** wird in wenigen Tagen eröffnet werden.